Er zeigt einen „entsetzlich verstümmelten deutschen Staatsangehörigen" und ruft alle Menschen, ohne Unterschied der Partei und Nationen auf, sich „diese geschändeten Brüder" anzusehen. Der Ueberschuß der Versammlung war bestimmt für „unsere gepeinigten deutschen Brüder und unsere Ruhrpropaganda," d. h. also für den im Interesse des deutschen Kapitals zu leistenden passiven Widerstand. Ein sauberer Herr Anarchist!

Uebrigens, wir müssen bekennen, daß uns der „entsetzlich verstümmelte deutsche Staatsangehörige" keine besonderen Mitleidszähren erpreßte. Wir haben im Berliner Leichenschauhaus im Jahre 1919 Januarkämpfer gesehen, die nicht für das deutsche Kapital, sondern für das deutsche Proletariat gekämpft hatten und die als deutsche Staatsangehörige von „deutschen Brüdern" unter Noskes Kommando in viehischster Weise ermordet worden waren. Wir haben damals nichts von einer Vortragstournee Herrn Ernst Friedrichs für die Opfer Noskes gehört. Vielleicht hat er damals auch in privater Audienz von Gustav Noske die Herausgabe der Gefangenen verlangt und wir haben von seiner Hilfsaktion nur nichts erfahren. Schade! Sie wäre sicher ungeheuer aussichtsreich gewesen und von den prominentesten (maßgebendsten) Kreisen unterstützt worden, z. B. der Liga zum Schutze der deutschen Kultur.

Nicht wahr, Sie kleiner Schäker! Oder hätten Sie „in begreiflicher Erregung" lieber auch die paar nicht erwischten Ueberlebenden denunziert, weil die nicht warteten, bis man sie totschlug. — Ach ja, die Entrüstung steht Ihnen wunderschön!

Thalheimer, der „Nep."-Bruder

In der „Welt am Abend" lesen wir folgende ergötzlichen Bericht:

In der Sitzung vom 28. Juni referierte der bekannte deutsche Theoretiker Thalheimer über die Programmfrage. Die „Nep." sei als Periode der proletarischen Revolution auch in anderen Ländern notwendig. Die Hauptkennzeichen der „Nep." sind: kapitalistische Verrechnungsmethode, Beibehaltung der Geldform, der Trustform, der Banken und Börsen, was schon von Marx vorausgesehen wurde. Der Kriegskommunismus wird auch in demselben Maße angewandt werden, wie ihn die Kämpfe zur Unterordnung der Bourgeoisie unter die Arbeiterklasse erforderlich machen werden. Die „Nep." und der Kriegskommunismus werden in verschiedenen Ländern verschiedene Formen annehmen. Was die Schichtung der Arbeiterklasse anbelangt, hebt das Programm hervor, daß die Entwicklung die Tendenz hat, die Differenzen innerhalb der Arbeiterklasse aufzuheben. Gegen die bürgerliche Agrarreform gibt die Kom. Int. die Losung aus: Bodenverteilung an landarme Bauern ohne Entschädigung der Großgrundbesitzer.

So lächerlich auf den ersten Blick auch diese „Nep."-Weisheit von August erscheint, so hat dieselbe doch einen ernsten Hintergrund; denn wenn diese Theorie in dem westeuropäischen und im deutschen Proletariat Fuß fassen sollte, dann wird der Leidensweg der proletarischen Klasse ein endloser sein und überall hinführen, nur nicht zum Kommunismus.

Die Proletarier der KPD. sind verpflichtet, wenn sie diese Art der „kommunistischen" Propaganda ebenso wie wir als ein Verbrechen am Proletariat erkennen, aus dieser Organisation auszutreten und sich der einzig wahren kommunistischen Partei in Westeuropa, der KAPD. anzuschließen, um innerhalb dieser Organisation frei von jeder parlamentarischen, gewerkschaftlichen und somit gesetzlichen Beeinflussung für das Ziel des Proletariats, sein Klassenziel, dem Kommunismus, zu kämpfen. Eine ausführliche Kritik des 5. Weltkongresses erfolgt noch, sobald authentisches Material vorliegt.

„Pazifismus", die große Mode

Von England kommt er. Englisch ist immer noch modern, also trägt man es.

Mit der „Arbeiterregierung" trat er seinen Siegeszug über Europa an. Frankreich hat er sich bereits im kühnen Ansturm erobert. Auch Dänemark macht mit. Bei soviel Schönheiten kann sich doch die Schönste, die deutsche Republik nicht ausschließen. Also auch Deutschland macht jetzt ganz im Pazifismus, wenigstens offiziös. Die Profitinteressen der Siegerländer was man im allgemeinen „Wiederaufbau" nennt, verlangen es, daß der „Wiederaufbau", also die Profitinteressen nicht dauernd in Gefahr sind durch eventuelle Revanche- und Rachegedanken, die sich auf reale Machtmittel stützen; denn die ersten kann man nicht verbieten und solange nichts dahinter steht und steckt, sind sie eben harmlos.

Jedenfalls ist die Sicherheitsfrage für die beiden göttlichen Pazifisten Mac Donald und Herriot die wichtigste, was nämlich Poincaré auch immer sagte. Und so hat man denn die „letzte, große Militärkontrolle" verfügt, um ganz sicher zu sein: Denn es geht um den Weltfrieden, um den Wiederaufbau. Und die deutsche Republik, die geborene Harmlosigkeit und Unschuld, wo eigentlich schon seit 1918 der Pazifismus herrscht, wenn auch in verschiedenen Formen und Arten, die der Proletarier manchmal nicht recht begreifen kann, hat nichts dagegen einzuwenden, im Gegenteil: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt's darum eurer Huld empfohlen sein.

Nach der Kontrolle kommt der Völkerbund zusammen; da wird dann die deutsche Republik mit aufgenommen, wenns nach dem „Vorwärts" ging, dann wär Deutschland schon drin im großen Klub und die Welt wär ein Paradies, in dem wohl ab und zu ein paar rüdige nationalistische Engel sich tollen, doch nur vorübergehend, da sie immer bald fliegen . . . . . Wohin weiß niemand.

So malt sich der Bürger und leider auch ein Teil Arbeiter die Welt. So sieht er sich dies Ding an und glaubt all dies Geschreibsel von berufsmäßigen Seelenverkäufern, die allemal dann am meisten schmieren und beschwören, wenn die Luft am dicksten. Doch bald wird dieser Traum der „pazifistischen" Aera ausgeträumt sein und dem Proletariat die satanische Fratze der internationalen Mehrwertsbestien entgegen grinsen und das Blut seiner Besten wiederum fordern, wenn es nicht endlich den Pazifismus überwindet und an seine Stelle den revolutionären Klassenkampf setzt.

Die Gesetze zur Durchführung des Dawes-Planes sind in Beratung und werden bald „Großkampftage" im Hypodrom am Königsplatz, wo man augenblicklich viel Schlagsahne im Restaurant verzehrt, darum auch nicht im Sitzungssaal sein kann, hervorrufen. Die Wogen der kochenden „Volksvertreterseele" werden sehr hoch gehen und die Sozialdemokraten als Pazifisten natürlich, ala Noske, und die Kommunisten werden die Frage für oder gegen das Gutachten stellen. Die „Sozialisten" sind für das Gutachten, da es ja die Aera des Pazifismus, der Menschheitserlösung und Versöhnung einleitet.

Die Kommunisten sind dagegen, weil es die Kolonisierung Deutschlands, der Nation, bedeutet.

Beide Organisationen, die noch leider großen Einfluß im Proletariat haben, drängen das Proletariat in die Linie kapitalistischer Interessenpolitik. Das Proletariat hat nichts, aber auch rein gar nichts mit dem Konkurrenzkampf der Bourgeoisie zu tun, d. h. sich nicht zugunsten der einen Gruppe gegen die andere gebrauchen zu lassen. Sein Feind, sein Todfeind ist nicht die eine oder die andere Gruppe, sondern der Todfeind des Proletariats ist die internationale Bourgeoisie, auch dann, wenn sie unter der Maske des Pazifismus erscheint. Diese nach außen aufgesteckte Maske läßt man ja auch im Innern, im Interesse der Ruhe und Ordnung, lies Profit, ganz getrost fallen.

Da man glaubt, daß bei den kommenden Explosionen und Rebellionen die Hakenkreuzlerbanden nicht ausreichen werden und dieselben wegen des „Pazifismus" auch etwas zu anrüchig sind, da sie doch Gegner der Gewaltlosigkeit sind und es auch schon oft bewiesen haben auf unbewaffnete Demonstranten, so hat man eine Neuauflage, eine zeitgemäße Gründung vorgenommen. „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold" ist die neueste pazifistische Errungenschaft. Seine Anziehungskraft ist so groß, daß ganze Stahlhelmgruppen zu ihm schon übergetreten sind, natürlich alles aus Pazifismus. Das Proletariat ist gewarnt. Es wird allerhöchste Zeit, daß es sich auf seine Pflicht besinnt und im kühnen Ansturm diese „pazifistische Wiederaufbauperiode", die in Wirklichkeit seine Aussaugung bis auf den letzten Blutstropfen besorgen soll und wird überrennt und durch seine Klassendiktatur die Grundlage für den kommunistischen Aufbau schafft.

Nicht pazifistische Harmonieduselei, sondern Klassenkampf, ist noch immer das bewegende Prinzip in der Menschheitsgeschichte gewesen. Unser Todfeind ist diese Gesellschaftsordnung, diese republikanische, kapitalistische Diktatur, die sich unter dem ach so kurzen Mantel der Demokratie verbirgt.

Niemals darf sich das Proletariat als Schutztruppe für die Bourgeoisie gebrauchen lassen, auch dann nicht, wenn es die „altbewährten Führer sagen, wie beim Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Immer noch und gerade jetzt erst recht ist rot die Farbe des um seine Freiheit vom kapitalistischen Joch kämpfenden Proletariats.

Rot ist das Tuch, das wir entrollen,
Klebt doch des Volkes Blut daran.

Groß-Berlin
Oeffentliche Betriebsversammlung
am Dienstag, den 8. Juli, nachmittag 5 Uhr im Berliner Klubhaus, Ohmstraße a. d. Köpenickerstr.
Tagesordnung:
Sachverständigengutachten, die Wirtschaftskatastrophe und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Kommunistische Arbeiter-Partei — Allgemeine Arbeiter-Union

Wirtschaft

Kleine Geschenke

erhalten die Freundschaft. Und unter Verwandten nimmt man's nicht so genau. Und wie die liebe alte Spruchweisheit sonst noch heißt. An alle diese goldenen Worte muß man denken, wenn man liest, daß in den letzten viereinhalb Monaten für 150 Millionen Goldmark Goldanleihe vom Reiche zurückgekauft sind. D. h. das Reich verwendete ein Viertel der ganzen in dieser Zeit vereinnahmten Einkommensteuer dazu, die langfristigen und billigen Kredite der Goldanleihe abzulösen, die Kredite, die es normalerweise erst 1935 zurückzahlen brauchte und die es zu dem für heutige Verhältnisse sehr billigem Zinssatze von 6 v.H. hatte. — In zwei Monaten wird es wieder Kredit zu wesentlich erhöhtem Zinssatz suchen müssen. Der Grund zu dieser schildbürgerhaften Transaktion ist angeblich das Auftauchen gefälschter kleiner Goldanleihestücke, die als „wertbeständiges Geld" seit dem Ende der Inflationszeit zirkulierten. Die Wahrheit dieser Meldung vorausgesetzt, bleibt es freilich für den Laien noch immer rätselhaft, warum nun auch die großen Stücke, die nie Geldcharakter besaßen, eingelöst werden, während man etwaige Fälschungen ja ebensogut bei dem Umtausch für neue Stücke anderer Druckart feststellen könnte. Wenn man alle faulen Phrasen beiseite setzt, bleibt folgender nackter Tatbestand: Das zum Schluß der Inflationszeit prestigehalber von der deutschen Industrie der Regierung gegebene Geld wird im Produktionsprozeß dringend gebraucht. Schon beeilt sich die Regierung, dem Willen des Kapitals zu dienen und gibt das geliehene Geld zurück. Bei 150 Goldmillionen, die binnen kurzer Zeit wieder auf dem Anleihewege beschafft werden müssen, bedeutet auch die kleinste Höhersetzung des Zinsfußes eine außerordentliche Erschwerung des Anleihedienstes und wirkt heftig auf den Etat zurück.

Ein Kaufmann, der sich auch nur einmal das Schildbürgerstückchen leistete, billiges Geld zehn Jahre vor dem festgesetzten Rückzahlungstermine zurückzugeben, um kurze Zeit darauf das Geld zu schlechteren Bedingungen neu aufnehmen zu müssen, wäre von vornherein ein Pleitekandidat. Ein Staat aber, der so handelt, handelt nicht „unklug". Was er gibt, gibt er ja aus anderen Taschen; und er gibt dort, wo er seine starken Stützen hat — und er nimmt zu diesem Zweck da, wo er nehmen darf: aus der Tasche des Proletariats. Er handelt also nur zielbewußt. Er weiß, daß er sich das erlauben darf, denn sein Fundament in der Dummheit der Besitzlosen scheint unerschütterlich. Und er muß so handeln, denn er ist ja nur das ausführende Organ zur Vertretung der Interessen des Besitzes.

Bankrottwirtschaft.

Die einzelnen Zusammenbrüche zu registrieren, nimmt allmählich auch die bürgerliche Presse Abstand. Die Listen würden zu lang. Die Sensationspresse begnügt sich mit Schlagzeilen-Ueberschriften, wie etwa: „40 bis 50 Insolvenzerklärungen täglich", so etwa, wie man bisher las: „Der Nakttanz der Frau Kommerzienrat".

Die Zusammenbrüche ergreifen immer größere Werke. In den letzten Tagen wurde beschlossen, die Zechen Ver. Schuerbank und Charlottenburg und Alte Hase stillzulegen und ersaufen zu lassen. — Die Porzellanfabrik Kahla A.-G. kündigte ihrer gesamten Belegschaft zum 6. Juli. Da der letzte Jahresbericht des Werkes von einer vollen Beschäftigung der Geschirrfabrik und den elektrotechnischen Werken spricht, die teils nach dem Auslande liefern, scheint es sich nur um Teilstillegung der Porzellanfabrik Kahla zu handeln.

Zwei Drittel der mitteldeutschen, brandenburgischen und pommerschen Ziegeleien haben ihre Betriebe stillgelegt. — Zu einer Zeit, in der die Ziegeleien stets Hochkonjunktur haben!

Die Mansfeld A.-G., die vom Reich anderthalb Millionen Goldmark zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe erhielt, sieht sich dazu außerstande. Sie hat beschlossen, von der 30 000 Mann starken Belegschaft vor der Hand 15 v. H. zu entlassen.

Die Zechen Graf Schwerin und Glückauf 1 und 2 weisen in ihren Geschäftsberichten Verluste auf. Die erstere 686 347 und die letztere 382 786 Goldmark. Eine Reihe kleinerer und veralteter Zechen arbeiten schon seit längerer Zeit mit Verlust. Auch diese Zechen wollen stillegen und ersaufen lassen, wenn ihnen nicht die Micumlasten abgenommen werden und die Arbeiter nicht länger und billiger arbeiten. Die Reederei, die noch im vorigen Jahre infolge der Inflation sich als Kuli auf dem Weltmarkt durchschmarotzte, trägt sich mit Stillegungsgedanken. Die bedeutendste deutsche Schiffahrtsgesellschaft, die Hamburg-Amerika-Linie, erwog auf der in den letzten Tagen stattgefundenen Generalversammlung die Stillegung. Die Steuern und die „hohen" Löhne ließen einen Weiterbetrieb nicht zu.

Die Wirtschaftskrise in Danzig wächst in bedrohlicher Weise. Eine große Anzahl angesehener Firmen befindet sich in derartigen finanziellen Schwierigkeiten, daß ihr Zusammenbruch befürchtet werden muß. Nach noch unbestätigten Nachrichten hat die Bank von Danzig einen größeren Kredit gewährt, der jedoch für die Bedürfnisse des Danziger Wirtschaftslebens nicht genügen dürfte. Am meisten bedroht sind die während der Inflationsperiode neuentstandenen Firmen.

Ausland

Dänemark

In der dänischen Schwatzbude herrscht unter der glorreichen sozialdemokratischen Arbeiterregierung große Uneinigkeit betreffs Regelung der Valutafrage und Gesundung der Finanzen. Importregelung und dadurch Beseitigung der auch in Dänemark großen Arbeitslosigkeit, so lautet das Programm dieser königlichen Arbeiterregierung, die offiziell von den Radikalen (Partei der Kleinbauern und der liberalen Intelligenz) und inoffiziell von der Partei der Großfinanz gestützt wird. Nur die Konservativen fordern Einführung von Goldzöllen.

5 Wochen lang haben die dänischen Brauereiarbeiter gestreikt. Als alle Vergleichsverhandlungen und auch der Schiedsspruch des staatlichen Schlichters von den Streikenden abgelehnt wurden, hatte man folgenden, echt sozialdemokratischen Ausweg ausgeknobelt. Es wurde ein Landeskongreß von Delegierten der Streikenden (die meisten Delegierten waren willige Werkzeuge der Verbandskamarilla) einberufen, auf dem der als Schlichter fungierende sozialdemokratische Abgeordnete die Delegierten zur Annahme eines Vergleichsvorschlags (Erhöhung des Wochenlohnes um eine dänische Krone gegen die Stimmen der 33 Kopenhagener Delegierten zu bewegen verstand. — Dagegen brach der Streik der Gärtnereiarbeiter zusammen infolge großen Zuzugs von Streikbrechern aus den Reihen der dänischen Bauernsöhne und durch die berüchtigten schwedischen Streikbrecher. So wiederholt sich auch hier bei jeder Lohnbewegung und jedem Streik das hoffnungslose Schauspiel berufsmäßiger Streiktaktik.

Ein besonders interessantes Kapitel auch hinsichtlich der kommunistischen Taktik in Dänemark bildet die Hafenarbeiterbewegung. Da der Kopenhagener Freihafen für den russischen Transitverkehr Umschlagshafen ist, war Sowjet-Rußland bange bei diesem dänischen Hafenarbeiterstreik. Der dänische Hafenarbeiterverband ist nun dem Arbeitsmannsverband angeschlossen, und es wurde nun mit dem russischen Einfluß (wahrscheinlich auch des Rubels) versucht, den Hafenarbeiterverband und die Hauptleitung des Arbeitsmannsverbandes dafür zu gewinnen, daß bei einem etwa ausbrechenden Streik, die russischen Schiffe vom Streik verschont blieben und Schiffe, die von Rußlands Transitverkehrsamt geschartert waren, entladen wurden. Die Leitung des Hafenarbeiterverbandes antwortete allerdings mit einem absoluten „Nein!" Anders muß sich die Hauptleitung des Arbeitsmannsverbandes zu dieser Frage gestellt haben, und bei der Abstimmung, an der alle Branchen (!) des Arbeitsmannsverbandes teilnahmen, wenn auch kaum 10 v. H. der Mitglieder stimmten, erfolgte die Ablehnung des Streiks. Damit war dieser Hafenarbeiterstreik, trotzdem die Hafenarbeiter fast vollzählig für Streik gestimmt hatten, abgewehrt. Hätten diese trotzdem gestreikt, so hätte die Regierung einen solchen Streik als ungesetzlich bekämpft und dadurch die Solidarität der anderen Arbeiter gebrochen. So revolutionieren die dänischen Kommunisten die dänischen Gewerkschaften!

Pleiten überall

In dem kleinen industriearmen Oesterreich kam die „Stabilisierung der Valuta" bisher nicht so zum Ausdruck, da es allseitig gestützt und bevorzugt wurde. Die Sozialdemokratie, die in Wien die Mehrheit im Stadtparlament hat, posaunte es in alle Welt, daß Oesterreich gesunde, und die Sozialdemokraten aller Länder stellten Oesterreich als den Beweis dafür hin, daß der Wiederaufbau des Kapitalismus möglich sei, wenn die Sozialdemokratie am Ruder ist, d. h. wenn die Proletarier recht lange und billig schuften und viel hungern. Der Vergleich: Oesterreich neben die hochkapitalisierten Industriestaaten hinzustellen, ist dasselbe, als wollte man einen Ankersteinbaukasten mit einem amerikanischen Wolkenkratzer vergleichen.

Die oesterreichische „Stabilisierung" beginnt nun aber ihre Früchte zu tragen. Kürzlich brachen die Lombard- und Eskomptebank und die Industriebank (beides Großbanken) zusammen. Jetzt ist eine der größten oesterreichischen Banken zusammengebrochen, die Depositenbank, die im Lande 60 Filialen mit 1500 Angestellten und 30 Direktoren unterhält. Die fünf größten Banken, die eine Stützungsaktion versuchten, erklären sich jetzt dazu außerstande, da die Verluste zu groß sind. Die Depositen, auch die Spareinlagen der vielen tausend kleinen Sparer, dürften verloren sein. Sechs große Industriegesellschaften, die mit der Depositenbank eng verbunden waren, sind ins Wanken geraten. Die Zusammenbrüche ziehen auch in der Industrie- und Handelswelt ihre Kreise. An der Börse herrscht infolgedessen eine Panikstimmung.

Finnland.

In Helsingfors ist die Bankfirma Frojdman & Co. bankrott. Der Verlust beträgt sieben Millionen finnische Mark. Eine Reihe Industrie- und Handelsunternehmungen sind in Mitleidenschaft gezogen. Zwei große Unternehmungen sind aus diesem Anlaß zusammengebrochen.

Die belgischen Bergarbeiter sind in den Kohlengruben von Rien du Cour in den Streik getreten, weil die Direktion ihnen den Lohn um 10 v. H. kürzte, da sie angeblich in ungünstiger Finanzlage sei.

Steigende Arbeitslosigkeit auch in England. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der letzten Woche um 24 985 auf 1 052 500 gestiegen.

Mitteilungen Groß-Berlin

Hauptausschuß — Berliner Arbeitsausschuß und Pressekommission. Die Fortsetzung der Sitzung findet am Dienstag, den 8. Juli pünktlich abends 7 Uhr in der Schule, Gipsstraße, statt. Alle Genossen, die in der ersten Sitzung unentschuldigt fehlten sind verpflichtet, auch zu erscheinen.

Jugendgruppe Norden. Alle Anfragen sind zu richten an Kurt Bacher bei Thomzig, Stralsunder Straße 67, v. II Tr.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 160.

5. Jahrg. Nr. 52 Preis 0,15 Mark

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29.
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der „Klassenkampf" der Eunuchen

Die Gewerkschaften bitten — die Junker trotzen

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, ADGB., AfA-Bund und ADB., haben in einer Eingabe an die Reichsregierung den Standpunkt der freien Gewerkschaften zum Sachverständigen-Gutachten wie folgt dargelegt:

„Den Gewerkschaften ist bekannt, daß die Reichsregierung eifrig an der Durchführung der Anregungen arbeitet, die das Sachverständigen-Gutachten der Dawes-Kommission für den deutschen Haushalt und die Gestaltung der Steuern gegeben hat. Sie vermissen aber jedes Anzeichen dafür, daß auch den Anregungen nachgegangen wird, die in dem Gesamturteil der Sachverständigen über die deutsche Steuergesetzgebung scharf umrissen worden sind. Die Sachverständigen haben der Schlußfolgerung nicht entgehen können, daß die reicheren Klassen in Deutschland in den letzten Jahren von dem in Kraft befindlichen Steuersystem nicht in angemessener Weise erfaßt worden sind, weder in einem Maße, das sich mit Rücksicht auf die Besteuerung der arbeitenden Klasse rechtfertigen würde, noch in einem Maße, daß mit der Belastung der reicheren Klasse in anderen Ländern vergleichbar wäre. Das Gutachten der Dawes-Kommission unterstreicht die Notwendigkeit, schon für das laufende Einkommensteuerjahr wichtige gesetzliche Ergänzungen vorzunehmen. Das gilt im besonderen für die Einkommensteuer der sich selbst Einschätzenden und für die Auslandsverdienste, aber ebenso für eine Besteuerung der Geldentwertungsgewinne und für den Abbau der Umsatzsteuer. Auch den Ertrag der deutschen Erbschaftssteuer haben die Sachverständigen als „außerordentlich niedrig" bezeichnet.

Die Gewerkschaften ersuchen die Reichsregierung um Aufklärung darüber, welche Maßnahmen im besonderen nach dieser Richtung im Interesse einer gerechten Verteilung der Wiedergutmachungslasten in Angriff genommen worden sind. Sie haben auch das stärkste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen steuerlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden.

Die Spitzenverbände halten eine Aussprache mit der Reichsregierung für außerordentlich dringend. Mächtige Interessentenorganisationen organisieren systematisch den Widerstand gegen die Staatsnotwendigkeiten und schrecken dabei, wie erst jüngst die Vertreter der Landwirtschaft, sogar vor Drohungen nicht zurück. Die Bestrebungen dieser Kreise münden sämtlich in dem einen Wunsch, in Zukunft möglichst von den Lasten, die Deutschland zu tragen hat, frei zu werden und sie auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Das steigert selbstverständlich die Erbitterung der Arbeitnehmer aufs höchste. Die vielen Millionen Arbeitnehmer, die in den Gewerkschaften vereinigt sind, lehnen entschieden die Auffassung ab, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not in den breiten Massen des Volkes eine zur Gesundung unentbehrliche Notwendigkeit seien.

Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung tunlichst bald Tag und Stunde zu einer Aussprache mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen."

„Kampf um die Lastenverteilung," so nennt der „Vorwärts" diese Bauchrutscherei vor der Bourgeoisie. Sie, die frei-gelben Gewerkschaften, die sich 1914 zur höheren Ehre des Vaterlandes, d. h. des Profits der Bourgeoisie, der besitzenden und herrschenden Klasse kastriert haben und seitdem offensichtlich die freiwilligen Helfer und Wächter einer in allen Fugen berstenden und krachenden Welt sind und wo zehntausende erschlagener Proletarier nach dem Kriege und Millionen während des Krieges ihren Verrat am proletarischen Klassenkampf, am Sozialismus aufzeigen, wird selbst schon grausig vor den Folgen der internationalen Knechtung des deutschen Proletariats. Sie, die Eunuchen des Kapitals, die Wächter des Profits, die sich ihre Existenz noch sichern lassen von ihren Opfern, müssen wieder mal das Wort Klassenkampf in den Mund nehmen, um die ziemlich folgsamen und immer noch die „alten, bewährten Führer" anbetenden Proletarier nicht unvorbereitet in den Hungertod zu schicken. Daß sich um ihren phrasenhaften Bettelbrief niemand kümmert, niemand kümmern kann und auch nicht braucht, wissen diese Burschen sehr gut.

Vielleicht wird man sich ihre Wünsche und Bitten mal gnädigst anhören und nach Möglichkeit Berücksichtigung zusagen, damit nach außen dem großen Lümmel Volk Rechnung getragen ist und die Gewerkschaften wieder mal einen Erfolg, wenn auch wie immer, sehr bescheidenen, erzielt haben. In den Betrieben sagen dann die unbelehrbaren und unentwegten Gewerkschaftler, jawohl, der Erfolg wäre noch größer, wenn wir alle, alle freigewerkschaftlich organisiert wären. Damit ist dann ihre Diskussion erschöpft.

Die Regierung — alle Regierungen im kapitalistischen Staat — als Vollzugsausschuß der Bourgeoisie weiß auch ganz genau, daß die Gewerkschaften das Wort Klassenkampf oder Kampf nur dem Schein nach gebrauchen können, da sie ja mit allen Fasern ihres Seins fest im Kapitalismus wurzeln und darum unfähig sind, gegen den Kapitalismus zu kämpfen. Eunuchen können eben nicht mehr lieben. Daß die vielen Millionen Proletarier, die leider noch immer in den freigelben Gewerkschaften sind, die Auffassung ablehnen, daß wachsende Entbehrungen und steigende Not die unentbehrliche Notwendigkeit zur Gesundung seien, ändert natürlich an der Tatsache nichts, daß eben alle Konflikte und auch alle Verständigungen der Bourgeoisien untereinander stets nur auf dem Rücken des Proletariats ausgetragen werden können.

Das Proletariat darf sich auf die Dauer nicht dümmer stellen als es ist. Würde es nur ein gutes Jahr zurückdenken, so könnte es leicht die Zusammenhänge des Ruhrkrieges und des Dawes-Plans erkennen und könnte dann aber nicht mehr in Organisationen verbleiben, die nur so, wie sie bisher gehandelt haben, handeln können. Die, da der Druck noch viel stärker wird aufs Proletariat, noch viel gemeiner handeln müssen.

Es ist darum nur eitel Spiegelfechterei, die da aufgeführt wird und leider noch von Millionen Proletariern für ernsten Kampf gehalten wird. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie wollen den Wiederaufbau, die Gesundung des Kapitalismus, national wie international. Wer dies will, muß auch die Mittel wollen, die notwendig angewandt werden müssen, um überhaupt den Versuch ernsthaft in die Tat umzusetzen, trotzdem dem Proletariat gesagt werden muß, daß auch dieser jetzige, so großzügig angelegte Versuch scheitern muß im Kapitalismus, weil die Profitsucht als bewegendes Prinzip in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung der Lösung hindernd im Wege steht. Es ist darum müßig sich über die Krautjunker aufzuregen, daß sie als Besitzer des Agrarlandes ihre Interessen standesgemäß als Klasse vertreten und sich jegliche Behinderung ihres Profits durch ihren Vollzugsausschuß, Regierung genannt, verbitten. In Thüringen ist man auch sehr schnell ihrem Vorschlag nachgekommen und die Steuerstundung und Steuerfreiheit angeordnet. Für die gesamte Republik ist es nur noch eine Frage der Zeit. Da nun im kapitalistischen System die Bourgeoisie überhaupt keine Steuern zahlt, was auch die Eunuchen wissen, da ja die Abgaben der Kapitalisten in die Preise der Waren stets einbezogen sind, so bedeutet die Beseitigung der formellen Abgaben nichts weiter, als eine Extravergünstigung auf Kosten des schon ziemlich ausgemergelten deutschen Proletariats.

Das Proletariat muß erkennen, und dies ist wahrlich nicht schwer, daß alle Versuche der Bourgeoisie, diese seine Krise zu überwinden, den Massenhunger, das Massenelend und den Massentod der proletarischen Klasse bedeuten und nach sich ziehen.

Die Lösung und Beseitigung der Krise liegt allein in der Hand des Proletariats als Klasse. Die Beseitigung, der Sturz der Profitwirtschaft ist die einzig mögliche Lösung. Diese Lösung kann das Proletariat nicht mit den Wächtern der Profitordnung, den Gewerkschaften und den parlamentarischen Parteien erreichen, sondern ist nur möglich, wenn es diese Organisationen bewußt zerschlägt und sich in den revolutionären Betriebsorganisationen die Waffe zum Sturz dieser verfaulenden Welt schafft.

Das Proletariat kann dem ihm zugedachten Massensterben nur durch die revolutionäre Tat entgehen. Diese erfordert Verlassen des alten, unheilvollen reformistischen Weges und Rückkehr zum internationalen Klassenkampf. Das Wort von Karl Marx: **„Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein,"** muß lebendigen Inhalt erhalten und in den revolutionären Räten, deren Vorläufer die revolutionären Aktionsausschüsse sind, feste Form annehmen. **Es gibt keine andere Zwischenstation zwischen Kapitalismus und Kommunismus als die Diktatur des Proletariats.**

Alle andern Versuche bedeuten in ihrer Auswirkung Stärkung und Erhaltung der Profitwirtschaft und bleiben kleinbürgerliche Hirngespinste. Erbarmungslos aber klar ruft die Geschichte dem Proletariat zu:

Kapitalismus bedeutet in seinem Fortbestehen für euch den Tod,
Kommunismus allein gewährleistet das Leben.

Ein Mittelding gibt es nicht.

Die Stillegungen im Ruhrgebiet

Es ist doch noch mal vorüber gegangen, werden Hunderttausende von Bergsklaven sagen und erleichtert aufatmen. Das Gespenst der vollständigen Stillegung bis zur Hälfte der Kohlenzechen im Ruhrgebiet konnte noch mal verjagt werden, und zwar dadurch, daß die Micumverträge durch Verhandlungen für die deutschen Schlotbarone etliche Erleichterungen brachten und wiederum das neu getätigte Abkommen bis zur Hälfte vom Reich übernommen wurde. Dadurch ist für die Industriellen ein Augenblick des Luftschnappens gekommen, den man nun dazu benutzt hat, um die Kohlenpreise um 20 v.H. zu senken. Dadurch soll die deutsche Kohle stärkeren Absatz finden auf dem Weltmarkt und man glaubt, oder wenigstens die Proletarier glauben es zum größten Teil, daß durch vermehrten Verkauf der deutschen Kohle die Betriebsstillegungen verhindert werden können. Es ist dies derselbe Irrglaube wie bei der Verlängerung der Arbeitszeit. Auch da glaubt ein großer Teil durch längeres, vermehrtes und schließlich auch billigeres Schuften die Absatzmöglichkeiten zu steigern, die Konjunktur zu heben und sich somit vermittels einer kürzeren Periode des Hungerns wieder zum satten, behäbigen Philister entwickeln zu können.

Das deutsche Proletariat vergißt nur immer wieder, daß es außer der deutschen Republik auch noch andere Wirtschaftsgebilde gibt, wo die Technik auch nicht stillstand, im Gegenteil, gerade während des Stahlbades von 1914 bis 1918 und nachher in der kapitalistischen „Wiederaufbauperiode" von 1918 bis heute haben die Siegerstaaten und die nicht offiziell am Krieg beteiligten Staaten sich technisch kolossal vervollkommnet. Sogar die Kolonien der einzelnen kapitalistischen Hinterländer haben sich zum Teil eigene Industrien angelegt, die sie vor dem Kriege nicht hatten.

Die Wirkung international war nun bei der Verlängerung der Arbeitszeit in Deutschland, als sich das jahrzehntelang gutdisziplinierte deutsche Proletariat die letzte Errungenschaft seiner glorreichen Novemberrevolution rauben ließ die, daß dieselben Bestrebungen in all den Ländern teils mit und ohne Erfolg durchgeführt wurden, die auch in technischen Beziehungen nicht weiter fortgeschritten waren. So daß diese Art des Kampfes des deutschen Proletariats ein Schlag ins Gesicht, ein heftiger Schlag ins Gesicht des internationalen Proletariats bedeutet.

Wird nun die Herabsetzung der Kohlenpreise den Absatz der deutschen Kohle so heben, daß eine Stillegung der deutschen Kohlenzechen vermieden werden kann, bis das Sachverständigengutachten im Abrollen ist?

Diese Frage stellen, heißt sie verneinen. Es ist schier unmöglich für die deutsche Kohlenindustrie den Weltmarkt nochmal zurückzuerobern. Was während der Inflationsperiode möglich war, durch die noch nie dagewesene Schmutz- und Schleuderkonkurrenz sich auf dem Weltmarkt zu behaupten, ist heute bei zwangsstabilisierter Währung ein Ding der Unmöglichkeit. Die Frage, wer die deutschen Kohlen kaufen soll, werden sich die Zechengewaltigen wohl selbst beantworten müssen. Daß dies im Hinterland nur zum Teil noch geschehen kann, ergibt sich aus der Lage selbst. Eine immer mehr und mehr feiernde Industrie braucht natürlich immer weniger Kohle. Doch kaum ist mit großer Ekstase die Uebernahme der Hälfte der Micumlasten durch das Reich verkündet worden, da bringt die Telegraphen-Union vom 3. Juli folgende Hiobsnachricht:

Micum-Verträge zum 1. August gekündigt.

Geheimrat Klöckner hat heute morgen um 11 Uhr im Auftrage der Sechserkommission dem Präsidenten der Micum, Herrn Frantzen, die Kündigung des kürzlich abgeschlossenen Abkommens überreicht, weil es trotz aller Anstrengungen nicht möglich ist, die Finanzierung für den Monat August auf dem einen oder anderen Wege zu erreichen. Das Kündigungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

„Die Besprechungen mit der Regierung, die gleich nach Abschluß der Verhandlungen über die Verlängerung des Micum-Vertrag gepflogen worden sind, haben ergeben, daß die Regierung nicht in der Lage ist, dem Ruhrbergbau für den Monat August eine finanzielle Unterstützung zuzusichern. Es ist auch dem Ruhrbergbau unmöglich, die Lasten des Vertrages zu übernehmen. Wir sehen uns deshalb gezwungen, das Abkommen zum 31. Juli zu kündigen."

Es wird somit also bald die Illusion zerstört sein, daß die Betriebsstillegungen der veralteten Zechen, deren Zahl ziemlich groß ist, verhindert werden kann; denn die Micum wird erneute Erleichterungen nicht gewähren können. Das Reich kracht in finanzieller Hinsicht in allen Fugen.

Es ist unmöglich das Sachverständigengutachten so schnell unter Dach und Fach zu bringen, da noch viel Reden zu halten sind, um diese großangelegte Versklavung und Kolonisierung der deutschen Republik durchzuführen.

Die internationalen Goldströme, die da fließen sollen, um das Flußbett der deutschen Wirtschaft wieder auszufüllen, werden und können nicht fließen. Um zum normalen Gang

zurückkehren zu können müßte man Deutschland 30 Milliarden Goldmark Zusatzkredit gewähren. Eine ganz ungeheure Summe, die das internationale Kapital garnicht aufbringen kann und auch nicht will; denn einen Schmutzkonkurrenten aufs neue großzuziehen, hat das internationale Kapital nicht das geringste Interesse. Im Gegenteil, es sollen ja soundsoviel Millionen aussterben, die glatt zuviel sind, die einfach nicht mehr ernährt werden können innerhalb dieses kapitalistischen Systems. Da man doch nun soviel Millionen Proletarier nicht glatt wegkommandieren kann, muß oder hat man diesen Ausweg der pazifistischen Aera beschritten und nennt das Ganze „Wiederaufbau in Europa". Dieser „Wiederaufbau" ist geplant und kann nur geplant sein im kapitalistischen Profitsystem auf Kosten des Proletariats. Es ist müßig, hier noch zu erwähnen, daß, wenn das Reich die Hälfte der Micum-Verträge für einen Monat übernommen hat, dies immer nur das Proletariat spürt. Während bisher mehr das Ruhrproletariat den Druck spürt, so gewissermaßen aus erster Hand, überträgt er sich jetzt schon mehr aufs gesamte deutsche Proletariat. Niemals trägt im Kapitalismus die Bourgeoisie die Lasten, noch nie hat sie das getan und tun können. Das ist glatter Blödsinn. Alle Kosten gehen zu Lasten des Konsumenten, der über nichts weiter verfügt, als über seine Ware Arbeitskraft. Der, sobald diese Ware nicht mehr begehrt wird, dem Hunger, der Verzweiflung, dem glatten Nichts gegenüber steht. Es werden nun über kurz oder lang die angekündigten Betriebsstillegungen zum Teil stattfinden, da das internationale Kapital nicht an ein Hochkommen, sondern im Gegenteil, an die Niederhaltung der deutschen Wirtschaft, an die Kolonisierung, interessiert ist.

Das Proletariat hat sich weder für noch gegen das Gutachten, sondern einzig und allein gegen das Kapital als System zu entscheiden und durch Zusammenschluß in den Betrieben als Klasse die Vorbereitungen für den Sturz dieses fluchwürdigen Systems zu treffen.

Theoretisches über die Wirkung erfolgloser politischer Aktionen

Verschlechtert eine politische oder wirtschaftliche Aktion, die das erstrebte von den herrschenden Klassen nicht zu erzwingen vermag, die also isoliert betrachtet, erfolglos war, die Machtstellung des Angreifers und die Aussichten auf künftige Erreichung des Ziels?

Oft wird es behauptet und zum Anlaß ängstlicher Warnungen vor ernsten Kämpfen genommen. Prüfen wir!

Erfolglose Aktionen können nachteilig wirken — aber nur, wenn sie den Angegriffenen zeigen, daß der Angreifer schwächer ist, als sie bis dahin voraussetzten, oder wenn sie dem Angreifer nach dem Mißlingen der Aktion verbleibenden Kräfte geringer sind, als die bis dahin bei ihnen mit Recht vorausgesetzten. Dann werden die herrschenden Klassen von nun an eine geringere Macht des Feindes in ihre Berechnung einsetzen als bisher und danach ihr Verhalten, sei es in der Defensive, sei es in der Offensive, einrichten; sie haben die bisher von ihnen in Rechnung gesetzte feindliche Macht mehr oder weniger als Popanz, die Drohungen, vor denen sie bisher Halt machten oder zurückwichen, mehr oder weniger als hohl erkannt.

Aber dieser Nachteil der erfolglosen Aktion ist nur ein scheinbarer. Er bedeutet nur das Zerplatzen einer Seifenblase, die Zerstörung eines Wahns, eine schreckende Gefahr nur für überlebte Parteien und Kastraten der Scheinopposition. Ganz anders, wenn die Einzelaktion, trotz ihrer Erfolglosigkeit, eine Offenbarung nicht der Schwäche, sondern der Stärke ist, keine falsche Größe zerbricht, sondern wahre Größe zeigt; wenn sie sich nur als Verausgabung eines immer sich erneuernden Kraftüberschusses darstellt; wenn sie den Quell stets wachsender Macht nicht verschüttet, sondern nur um so frischer sprudeln läßt. Dann wird der äußere Verlust zum inneren Gewinn, die Niederlage im einzelnen zum Siege des Ganzen. Die Nachhaltigkeit des Kampfgeistes, der Entschlossenheit, der inneren und äußeren Kraft; die Fähigkeit, besiegt werden zu können und doch nicht vernichtet oder auch nur auf die Dauer geschwächt zu werden, zu fallen und stets wieder aufzustehen zu neuem Kampfe mit immer höherem Mut, mit immer festerer Zuversicht, mit immer größerer Wucht, das ist es, was die Gewähr bietet, daß auch erfolglose Einzelaktionen die Machtstellung des Angreifers, die weiteren Aussichten seines Kampfes nicht verschlechtern.

Und darum brauchen aufstrebende Parteien, aufsteigende Klassen kein kühnes Wagen und Schlagen zu scheuen.

(Ende März — Anfang April 1918.) Karl Liebknecht — Politische Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß. S. 65.

Politische Rundschau

Verlegenheitsgestammel

Brutale Frechheit des VBMI. (Verband der Berliner Metall-Industriellen) und feiger Verrat der Ziska und Konsorten, so heißt die Ueberschrift eines Artikels der „Roten Sturmfahne" Nummer 58. Es wird in diesem Artikel über den Streik der Firma Aron-Elektrizitätszählerfabrik berichtet und die Maßnahmen des VBMI. angeführt, die derselbe ergreifen wollte, um den Streik, der über drei Wochen dauert, niederzuschlagen. Ein diesbezügliches Schreiben, das die Aussperrung von mindestens 6 v.H. Arbeiter für ganz Berlin vorsah, datierte vom 24. Juni.

Schon etliche Tage später erfolgte ein neues Schreiben an die Mitglieder des VBMI., in dem mitgeteilt wird, daß in einer Verhandlung mit dem Deutschen Metallarbeiterverband und dem deutschen Verkehrsbund volle Einigkeit erzielt worden wäre und man auch einstimmig abstimmte. Es heißt dann wörtlich:

„Dieser Vergleichsvorschlag enthält nichts, was die Firma nicht bereits in früheren Verhandlungen angeboten hätte und steht mit den von unseren Verbänden beschlossenen Richtlinien durchaus im Einklang."

Worauf dann folgende Sätze als Schluß des Kommentars in der Sturmfahne stehen:

„Dieses Unternehmer-Rundschreiben und die feige Kriecherei der BMV.-Ortsverwaltung muß den letzten Berliner Metallarbeiter aufrütteln und ihm zeigen, daß es höchste Zeit ist selbst in Aktion zu treten. Berliner Metallarbeiter verhindert innerhalb des DMV., daß die Bürschchen um Ziska Eure Interessen so mit Füßen treten und schließt Euch alle im Betrieb, ob organisiert oder unorganisiert, zu einer eisernen Front gegen die Knebelungsmaßnahmen des Kapitals zusammen."

Ja, wie ist uns denn. Was will denn nun eigentlich die KPD. damit sagen. Erstens ist es höchste Zeit, selbst in Aktion zu treten, dann sollen die Arbeiter im Deutschen Metallarbeiterverband verhindern, was nicht zu verhindern ist und dann sollen die Proletarier in den Betrieben eine eiserne Front bilden ob organisiert oder unorganisiert. Den Proletarier der KPD., der diesen Eiertanz versteht, möchten wir sehen. Versuchen wir klärend einzugreifen.

Wir möchten dabei feststellen, daß immer noch und jetzt erst recht die Gewerkschaften schlimmer als die Orgesch sind und ihre Eroberung für die Revolution einfach Schiffbruch erleiden mußte, da unmöglich. Dies haben ein großer Teil der Mitglieder der KPD. ohne Zweifel erkannt und handeln auch schon nach dieser Erkenntnis, daß sie eben nicht mehr in diese Brutstätten der verkappten Konterrevolution bleiben. Was nun aber noch nicht geschieht, ist, daß man sich dann auch selbständig als Klasse organisieren muß, wenn man selbst in Aktion treten will und soll, wie es die Sturmfahne meint. Denselben Widerspruch trägt auch der letzte Satz in sich, seine reformistische Linie soll hier nicht erörtert werden, indem man schreibt, schließt euch alle im Betrieb, ob organisiert oder unorganisiert, zu einer eisernen Front usw. zusammen.

Wenn man eine Front schaffen will, dann muß man auch das ideologische Band schaffen, daß diese Front halten und vorwärts treiben soll. Und da sagt die KAPD. und AAU. immer wieder und die geschichtliche Entwicklung gibt ihr Recht, daß das Proletariat, das den Kommunismus will und nicht nur fromm an eine bessere Welt glaubt, sich in den Betrieben zu revolutionären Betriebsorganisationen zusammenschließen muß, die vereinigt, die Klassenkampforganisation des Proletariats, die AAU. darstellt. Jegliche Verbindung mit den Gewerkschaften muß abgebrochen werden, da sie den schlimmsten Teil der Konterrevolution darstellen. Die KPD. hat durch ihren hysterischen Ruf „Rettet die Gewerkschaften", was sie auch jetzt noch schreit, nur nicht mehr so laut und so oft, da diesen Unfug die Mitglieder einfach nicht mehr mitmachen können, ein ungeheures Maß von Schuld auf sich geladen gegenüber dem Proletariat. Wenn dies heut teilweise verzweifelt und resigniert abseits vom Klassenkampf steht, ein Teil sogar die völkische Pest im Leib hat, so trägt daran die KPD. und in tieferer Ergründung die III. Internationale, genauer gesagt, die russischen Bolschewiki, die Schuld mit.

Unsere Genossen müssen die ökonomischen Ursachen aufzeigen, die diesem Umstand zugrunde liegen, daß Rußland ein Hemmschuh für die proletarische Revolution werden mußte nach dem Versagen des westeuropäischen Proletariats.

Für die Proletarier der KPD., die den Kommunismus, die Bedarfswirtschaft wollen und nicht die Uebertragung der „Nep" aus Rußland, was auch noch Utopie ist, kann es nur noch eins geben, und zwar sich anzuschließen der KAPD. um mit diesem Stamm von Revolutionären an Stelle der Parole: Der Massenbetrug ist der Hebel zur Massenbewegung, die Parole zu setzen: Die Massenerkenntnis ist der Hebel der Massenbewegung, nämlich der Massenbewegung, die zum Siege führt; denn Massenbewegung allein, ohne jegliche Erkenntnis der Bedingungen des Kampfes können ebensogut der Konterrevolution nutzen.

Zwangsfron für Obdachlose

Um „die Obdachlosen in das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben zurückzuführen," ist der Berliner, schon mal „rot" gewesene Magistrat auf den genialen Gedanken gekommen, die Obdachlosen zu beschäftigen, damit sie ihr Nachtquartier nebst dem krabbelnden Drum und Dran sowie die „stärkende" Abend- und Morgensuppe auch ehrlich verdienen. Nach dem Motto „Arbeit macht das Leben süß", besonders für das Pack, geht man vor. Dies haben ja auch die Erwerbslosen besonders im Winter feststellen können bei ihrer zwangsweisen Arbeit für die „Unterstützung". Die Obdachlosen, deren Zahl bald ungeheuer steigen wird bei den bevorstehenden Exmissionen anläßlich der Einführung der Friedensmiete, die ein Prolet einfach nicht bezahlen kann, sollen nun die sich schon bewährte Form der brutalen, offenen Sklaverei auch kennen lernen.

Für Nachtquartier und Abend- und Morgensuppe zwei Stunden und für das Mittagessen im Wert von 20 Pfennig nochmal zwei Stunden. Die Männer müssen Holz sägen, Werg zupfen und Federn reißen und die Frauen sollen Säcke umnähen zu „Schlafdecken" und noch Stroh und Bast flechten.

Genau wie in der Plötze oder Tegel. Wir möchten fragen, ob es denn nicht besser wäre, gleich Neesenquetscher herstellen zu lassen für alle die Proletarier, die die Segnungen der Demokratie auf die Dauer nicht aushalten können und verrecken.

Möge das Proletariat, ebenso wie die Bourgeoisie ihre Vorbereitungen trifft, seine Vorbereitungen treffen, um diesem System der modernen Sklaverei recht bald den Todesstoß versetzen zu können und sich seine eigene Welt aufbauen.

Londoner Konferenz am 16. Juli

Am 16. Juli soll die Londoner Konferenz beginnen, die mit den Schlußstein der Kolonisierung der deutschen Republik darstellen soll. Das internationale Kapital wird sich dort zusammensetzen, sogar die deutschen Kapitalisten, als Fronvögte des internationalen Kapitals sollen und werden vertreten sein.

Ursprünglich sollten bis dahin auch alle Gesetze zur Durchführung des Dawes-Plans ausgearbeitet und in ihrer Annahme gesichert sein. Doch hat sich dies etwas verzögert, da ja solche „guten" Dinger doch allerlei Zeit beanspruchen. Mag auch sein, daß eventuell diese Konferenz noch vertagt wird aus irgend welchen Gründen, so ist es ganz piepschnuppe für's Proletariat, denn mit oder ohne Londoner Konferenz wird es durch die Bourgeoisie zu Boden gedrückt werden und verrecken müssen. Leben kann es nur, wenn es sich erhebt und durch seine Diktatur die Diktatur der Bourgeoisie überwindet.

Der Völkerbund wird im September in Genf zu seiner Tagung zusammentreten. Bis dahin wird ja die deutsche Republik Mitglied sein. Wie verlautet wird auf dieser Tagung auch Mussolini anwesend sein. Es gab sogar vor ein paar Jahren noch Proletarier, die auf diese Zusammenkünfte der internationalen Kapitalshyänen oder ihrer Vertreter noch Hoffnungen setzten betreffend ihres Wohlergehens. Mittlerweile dürfte auch die Illusion zerstört sein.

Michael Bakunin

Das Leben eines Revolutionärs.

(Zum 1. Juli.) (Schluß)

Während Bakunin sich in der Peter-Paul-Festung befand, schrieb er auf Vorschlag von Nikolaus I. für diesen seine Lebensbeschreibung („Die Beichte"), in der er seine eigene politische Tätigkeit verurteilte, sie als verbrecherisch bezeichnete und seine Reue über seine Handlungen zum Ausdruck brachte. Trotzdem wurde er nicht aus der Festung entlassen. Im Jahre 1857, schon nach dem Tode Nikolaus I., wandte er sich mit einem Brief an den Zaren Alexander II., indem er um Verzeihung und Schenkung der Freiheit bat. Der Zar ersetzte die lebenslängliche Festungsstrafe durch die Verschickung nach Sibirien, wo Bakunin jedoch nur kurze Zeit zubrachte. Im Jahre 1861 floh er über Japan und Amerika nach London zu seinen Freunden Herzen und Ogarew, die ebenfalls aus Rußland dorthin geflüchtet waren.

Von neuem nach Europa zurückgekehrt, stürzte sich Bakunin mit fieberhafter Energie wieder in die revolutionäre Arbeit. Eine Zeitlang strebte er die Vereinigung der Sklaven zu einer freien Föderation an, dasselbe Ziel, das er sich im Jahre 1848 gesetzt hatte. Er unterstützte den polnischen Aufstand von 1863, da er darauf rechnete, daß ein Erfolg des Aufstandes eine Revolution in Rußland und dann auch einen Aufstand der österreichischen Sklaven nach sich ziehen müsse. Aber der polnische Aufstand wurde unterdrückt, und Bakunin verließ England, um sich nach Italien zu begeben.

In Italien nahmen die Aktionen Bakunins anarchistischen Charakter an. Bis zu jener Zeit hatte Bakunin noch kein anarchistisches Programm aufgestellt. Im Jahre 1864 organisierte er hier einen geheimen „Bund revolutionärer Sozialisten". Dieser Bund setzte sich die Zerstörung sämtlicher Staaten zum Ziele, an deren Stelle nach Bakunins Idee freie regierungslose Gemeinden mit Kollektivbesitz an Land und Produktionsmitteln geschaffen werden sollten.

In dem gleichen Jahre wurde in London die internationale Arbeiterassoziation gegründet. Obwohl Bakunin hiervon persönlich durch Marx in Kenntnis gesetzt war, beteiligte er sich nicht an den Arbeiten der Internationalen Assoziation (I. Internationale). Später sehen wir ihn als Mitglied des Zentralkomitees der Liga für Frieden und Freiheit, die von bürgerlichen Radikalen und Demokraten organisiert worden war. Hier predigte Bakunin unter den angesehensten Vertretern des bürgerlichen Europas seine anarchistischen Ideen. Dieses Predigen hatte jedoch keinen Erfolg, und im Jahre 1868 trat Bakunin auf dem 2. Kongreß der Liga, nachdem der Kongreß die von ihm vorgeschlagene Resolution abgelehnt hatte, zusammen mit einigen seiner Freunde aus der Liga aus und gründete eine neue anarchistische Vereinigung, den „Bund der sozialistischen Demokratie" („Alliance"). Innerhalb dieses Bundes wurde eine geheime konspirative Organisation gebildet, deren Führer der Gründer des Bundes selbst sein sollte. Darauf gab dieser „Bund" seinen Wunsch kund, als ganzes in die Internationale aufgenommen zu werden, die damals Karl Marx leitete. Da sich aber das Programm des Bakuninschen Bundes schroff vom Programm der Internationale unterschied, so erhielt der Bund einen ablehnenden Bescheid. Bakunin erklärte seinen Bund als aufgelöst, damit die einzelnen Sektionen dieses Bundes einzeln in die Internationale eintreten könnten. Indem er aber den Bund auflöste, löste er jene innerhalb desselben bestehende geheime Organisationen nicht auf. Nach dem Eintritt der Bakunisten in die Internationale (1868) begann zwischen ihnen und den Martisten ein heftiger Kampf um die Richtung der Tätigkeit der Internationale. Schließlich wurden Bakunin und sein Gesinnungsgenosse Guillaume aus der Internationalen Assoziation ausgeschlossen (1872).

Die Unversöhnlichkeit des Kampfes zwischen Marx und Bakunin, zwischen den Marxisten und Bakunisten, läßt sich aus den tiefen Meinungsverschiedenheiten dieser zwei Lehren erklären.

Während Bakunin die sofortige Beseitigung des Staates forderte, hielt es Marx für notwendig, den Staat im Interesse der Revolution durch die Besitzergreifung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und die Herstellung der Diktatur des Proletariats für die Zeit des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus auszunützen.

Bakunin war der Meinung, daß die Massen der ungelernten Arbeiter Italiens, Spaniens und anderer Länder zu sozialen Revolution bereit seien, und daß man nur eine Reihe von Aufständen in verschiedenen Orten zu machen brauche. Marx dagegen war der Ueberzeugung, daß nicht die zurückgebliebenen Massen der ungelernten Arbeiter, sondern das disziplinierte Fabrik- und Werkproletariat mit entwickeltem Klassenbewußtsein der Hebel der sozialen Revolution sein könne.

Es waren grundlegende Meinungsverschiedenheiten, die einen unüberschreitbaren Abgrund zwischen Marx und Bakunin bildeten. Indem Bakunin die Gesinnungen der rückständigen Bauernmassen und der städtischen Kleinhandwerker (der Kleinbourgeoisie) zum Ausdruck brachte, die unter der Entwicklung des Kapitalismus litten und keinen Weg zur Befreiung vom kapitalistischen Joch sahen, trachtete er danach, den Staat überhaupt sofort zu beseitigen, rief zu Aufständen, Empörungen, Explosionen auf, da er glaubte, daß man mit Hilfe einer Reihe örtlicher Empörungen eine soziale Weltrevolution entfachen könne. Durch diese Bedeutung des Bakunismus erklärt sich der Erfolg, den die Propaganda Bakunins in den damals rückständigen Ländern (Schweiz, Spanien, Italien, Rußland) zeitweilig genoß. Die revolutionäre Bewegung der siebziger Jahre in Rußland verlief zum größten Teil unter der Fahne des Bakunismus.

Im Jahre 1870 beteiligte sich Bakunin an dem mißlungenen Lyoner Aufstand, er floh von dort nach Marseille, um auch dort einen Aufstand zu entfachen. Er war bereits schwer erkrankt, als er sich noch an dem hoffnungslosen Versuch beteiligte, einen Aufstand in Boulogne (1874) zu entfachen, von wo er nur mit Mühe durch seine Freunde fortgeschafft wurde.

Das letzte Lebensende Bakunins, des unermüdlichen, rastlosen Revolutionärs war äußerst tragisch. Sein Lebensende verbrachte er in Lugano. Im Jahre 1875 fand Malatesta, der Bakunin dort aufsuchte, ihn „im Zustand der Auflösung." Seine jungen Anhänger erkannten ihn fast nicht wieder, den alten Lehrer, der sie noch vor kurzer Zeit zu revolutionären Taten begeisterte. Ein kleiner Kreis italienischer Arbeiter hatte sich um Bakunin gruppiert, die zu dem alten müden Kämpfer hinaufsahen und ihm jeden Dienst erwiesen; seine Seele erwärmte sich an dem Feuer, das er einst selbst in ihnen entzündet hatte. Die materielle Lage Bakunins war geradezu schrecklich. Infolge Schulden, die sich angehäuft hatten, verlor er alles und mußte den Wanderstab in die Hand nehmen. Da seine Krankheit ihm große Schmerzen verursachte, entschloß er sich zu seinem Freunde Adolf Vogt nach Bern zu reisen und sich dort zu kurieren. Bakunin litt an chronischer Nierenentzündung und schwerem Herzleiden. Als er in Bern ankam, erwartete ihn bereits sein Freund Vogt auf dem Bahnhof. „Ich bin nach Bern gekommen, damit du mich entweder wieder auf die Beine stellst oder mir die Augen zudrückst." Vogt brachte ihn sofort in eine Klinik. Hier war er noch ganz klar, was daraus schon hervorgeht, daß er bat man möge ihm Schopenhauers Buch: „Die Welt als Wille und Vorstellung" bringen. Im Gespräch mit einem Freunde äußerte er über das Buch, „unsere ganze Philosophie gehe von einem falschen Grundgedanken aus, indem sie von Anfang an den Menschen als Individuum und nicht als Teil der Kollektivität auffasse, daraus entständen die Mehrzahl der philosophischen Irrtümer". Vom 21. Juni 1876 ab verschlechterte sich das Befinden Bakunins und am 1. Juli verschied er. —

An Literatur sei vor allen Dingen auf die vom Verlag Fritz Kater: „Gesammelte Werke Bakunins" hingewiesen, von denen jetzt der dritte Band erschienen ist, und die vor allen Dingen die publizistischen Arbeiten Bakunins enthalten. Dann sei vor allen Dingen auf das Buch Brugbachers „Marx und Bakunin" hingewiesen, das im Verlag „Die Aktion" erschienen ist. Außerdem seien erwähnt: Stecklow „Michael Bakunin", ein Lebensbild („Vorwärts"-Verlag) und „Bakunin Briefwechsel" (Stuttgart 1895, 420 Seiten). Eine ausführliche Bibliographie über Bakunin erschien zum erstenmal von Ernst Drahn in der „Aktion", Heft 11, 13. Jahrgang 1923.

Bayerns „Erneuerung"

In der übelberüchtigten „Ordnungszelle" der deutschen Republik, in Bayern, ist nach monatelanger Unordnung wieder mal nach außen für den frommen Bürger Ruhe und Ordnung eingetreten, d. h. Bayern hat nach über zweimonatelanger Regierungskrise endlich eine Regierung, sogar mit einem Held, der recht „fromm" ist, an der Spitze. Im Reich, in dem „jüdischen Saustall", hat die Regierungskrise nur drei Wochen gedauert. Während man sich doch sonst Bayern immer zum Vorbild seines Handelns in Berlin machte, hätte man diesmal wohl doch nicht den rechten Mut dazu.

Doch kaum hat Bayern einen Held an der Spitze, da beginnt er denn auch gleich seine Heldenlaufbahn mit einer Regierungserklärung, die einer offenen Kriegserklärung an Berlin gleichkommt. Nur ist der Unterschied zwischen dem vergangenen Herbst und heute doch etwas anders und auch sind die Drohungen eben nur Drohungen, die wirklicher innerer Kraft entbehren.

Der bayerische Held entwickelte nun sein Programm und in seiner Rede bezeichnete er die kommunistische Gefahr als die größte, die existiert. Er sagte: Das oberste Ziel der Regierungen unserer Tage muß sein, **jede Revolutionsgesinnung zu überwinden** durch die Erziehung zum Staat und für den Staat. Für das Proletariat heißt das ins deutsche übertragen, wer nicht so verrecken will wie wir es wollen, wird über seine Störrigkeit im Kittchen nachdenken können, was der Staat, der „moderne" Staat und eine richtige Staatsgesinnung bedeutet.

Bei dem Verhältnis zum Reich erklärte der Held, daß er sich freudig zum Reich, zu seiner Einheit, Geschlossenheit und Größe bekenne unter Umgestaltung der Weimarer Verfassung, so wie das seine Vorgängerin in ihrer Denkschrift niedergelegt hat. Vor allen Dingen müssen Eisenbahn und Post eine höhere Verselbständigung erreichen. Doch dann kommt seine heldenhafte Drohung indem er sagt:

„Konflikte zwischen den einzelnen Staaten und dem Reich sind für beide vom Uebel. Da aber, wo die Lebensnotwendigkeiten der eigenen Staatlichkeit Bayerns es verlangen, ohne daß dadurch das Reich selbst in seinem geschlossenen Bestand und in seiner Machtstellung nach außen gefährdet wird, gehe ich auch einem Konflikt nicht aus dem Wege. Besteht in Berlin, was ich annehmen möchte, der gute Wille zur Verständigung und zum Ausgleich, wie er bei mir und uns besteht, dann wird es zu unangenehmen Auseinandersetzungen nicht kommen."

Da nun unser Held an seine eigenen Worte nicht recht glauben kann, hat er sich als weiser Mann unter den Schutz des allmächtigen und (ausgerechnet) barmherzigen Gottes gestellt. Falls nun etwas schief geht, hat der olle Mann wieder mal die Verantwortung, oder die „weise Vorsehung hat es so gefügt." Zum Schluß bekennt er sich als „Kommunist" und sagt:

„Dem moskowitischen Kommunismus muß ein edler, menschenwürdiger, gottgewollter Kommunismus der Arbeit und Pflicht gegenüber gestellt werden."

Störungen hat diese Rede weiter nicht hervorgerufen, was ja verständlich ist, da ja die Zugkraft für die parlamentarischen Radauszenen vorbei ist. Doch irrt sich Bayern und irrt sich Held, wenn sie glauben, daß ihre Drohungen betreffs der Selbständigkeit der Bahnen und Post noch solche Wirkungen haben als im vergangenen Jahr. Damals wollte Frankreich noch das Ruhrgebiet fressen, was es jetzt mal fürs erste zurückgestellt hat, da dieses Gebiet für seinen Magen noch zu schwer. Frankreichs imperialistische Wut hat sich etwas stark abkühlen müssen und englischer „Pazifismus", schlaue, nüchterne, kühl berechnende Taktik ist Trumpf. Auch ist ja Berlin nicht mehr allein maßgebend für die Bahnen und Post, sondern noch ein paar Herren mehr, die sich internationale G. m. b. H. nennen. Dies weiß auch Held und darum wirkt seine Drohung wie starke Aufmachung zur Beruhigung seiner Bürger. Unter Bedingungen ist auch Held für das Gutachten. Bei der Kolonisierung Deutschlands wirken die Bocksprünge der bayerischen Helden nur komisch. In dem andern Punkt betreffend innerer Kurs hat Berlin nichts einzuwenden, im Gegenteil, gerade dieses Sachverständigengutachten erfordert in dem ersten Anfang seiner Durchführung bayerische Methoden, d. h. verschärften Belagerungszustand, brutalste geistige und wirtschaftliche Knebelung und Ausbeutung, überhaupt Verhinderung jeglicher Bewegung der Arbeiterklasse. In dieser Beziehung wird Bayern in der deutschen Republik vorangehen solange, bis das Proletariat sein Ziel erkannt hat und anders aufräumt als 1918.

Haussuchung bei den „Antiparlamentariern" im Land- und Reichstag

Am Freitag, den 4. Juli, vormittags, fanden im Landtag und Reichstag Haussuchungen in den Fraktions- und Arbeitszimmern der KPD. statt. Ein paar Hundertschaften Schupo, ungefähr 40 Kriminalbeamte machten es im Reichstag, während im Landtag 50 Mann der Ia das Ding befummelten. Die Schränke und Schubfächer aller KPD.-Abgeordneten wurden mittels Nachschlüssel geöffnet. Gefunden wurden — wurden, ja, was nun. Die bürgerliche Pressemeute einschließlich des Reptils melden etwas von Sprengkapseln für Stielhandgranaten und eine Pistole und eine Menge Material. In einem langen Leitartikel nimmt der „Vorwärts" vom Sonnabend, den 5. Juli dazu Stellung und die ganze verbissene Wut der kleinbürgerlichen Kanaille tobt sich da gegen den Konkurrenten aus.

Die Schauermärchen über die KPD. nehmen in letzter Zeit solche Form an, womit man natürlich das revolutionäre Proletariat meint, daß diesen Meldungen doch zu sehr der Stempel der Unwahrheit anzumerken ist. Vielleicht denkt das Reptil mal an seine Jugendzeit zurück, als es sich noch zum proletarischen Klassenkampf, zum Sozialismus, der auch nach der Meinung nur durch die Revolution verwirklicht werden konnte und sollte, zurück. Vergleicht man die Schauermärchen über die Sozialdemokratie von vor dem Kriege mit dem heutigen über die KPD., so ähneln die ersteren den heutigen wie ein Ei dem andern. Mehr braucht zu diesen Hirngespinsten nicht gesagt werden.

Wie weit reicht die Geduld des deutschen Proletariats?

So lautet die Ueberschrift über ein politisches Resumé in der satyrischen Arbeiterzeitung „Der Knüppel", Jahrg. 2, Nummer 2. Diese satyrische Zeitschrift, die in der Viva (Vereinigung internationaler Verlagsanstalten) erscheint, soll wohl das „Lachen links" der SPD. für die KPD. vorstellen. Genau wie im „Lachen links" die SPD. sich selbst ohrfeigt, was sie sich ja erlauben kann bei der mangelnden kritischen Einstellung ihrer Mitglieder, genau so frech verhöhnt die KPD. in ihrem Knüppel ihre eigene arbeiterfeindliche Politik. Lesen wir doch da in dem Resume von 1921 bis 1923 folgende charakteristischen Sätze, die unsern Lesern unbedingt erhalten bleiben müssen:

„Geduldiger als das Kapital erträgt das Proletariat alle Nachteile der Inflation in der Hoffnung auf bessere Tage. **In den Ruhrkrieg marschiert es mit derselben Begeisterung wie 1914. Es erklärt mit berechtigtem Stolz, daß es sich fortan nur noch von „seinen Unternehmern" ausbeuten lassen werde.** Der Aufstand seiner aktivsten Vorkämpfer in Hamburg findet es mit der Ausschmückung des deutschen Weihnachtsbaumes beschäftigt."

Wahrlich, diese geradezu eiserne Stirn dieser Knüppel-Journaille ist durch nichts zu überbieten. War es nicht gerade die KPD. sowie die gesamte III. Internationale, die an der Aufpeitschung der nationalen Instinkte mit wahrem Feuereifer gearbeitet haben. In der „Roten Fahne" tobte sich doch bekanntlich der völkische Graf Reventlow als ehrliches nationales Element und Mitarbeiter aus gegen den alten „Kommunisten" Paul Fröhlich. War es nicht Ruth Fischer, die in schwülstiger Rede zu den nationalistischen Studenten in Berlin sprach. Noch soll erwähnt werden die Beerdigung der Essener Arbeiter, wo sich die Schwarze Pest mit ihren Kreuzen und der Sowjetstern sehr gut vertragen haben und der Leichenzug eine Blamage fürs deutsche Proletariat darstellte. Nicht vergessen werden darf der Passus der „Roten Fahne" vom 27. Mai 1923 in dem Artikel **„Die deutsche Arbeiterklasse in Gefahr"**, der lautet: **„Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die Kommunistische Partei verstummen, oder wir werden das Schweigen brechen."**

Das Schweigen ist nicht gebrochen worden, trotzdem sich die Regierung Cuno wenig dankbar für die nationalistische Tätigkeit des Mohrs, der KPD. erzeigte. An unsere Genossen liegt es, die tieferen Ursachen und Zusammenhänge der damaligen sowie jetzigen Politik der KPD. aufzuzeigen. Immer erscheint als Hauptursache im Hintergrund Rußland mit seinen Interessen. Damals bestanden noch enge, sehr enge Handelsbeziehungen mit Deutschland, und Rußland hatte das allergrößte Interesse an die Erhaltung dieses Wirtschaftsgebietes Deutschland, deren Einheit durch den französischen Imperialismus stark gefährdet war, darum erhob man auch damals den Nationalbolschewismus zur Parole und durch das wüste Geschrei der KPD. hat das deutsche Proletariat damals erklärt im Ruhrgebiet nicht unter roten Hosen, sondern nur unter ihren „geliebten" Blutsaugern ala Thyssen zu schuften.

Dafür bezeichnete man denn auch die Proleten als deutsche Brüder an Rhur und Rhein, unsere Helden usw., solange man eben glaubte, mit Hilfe des passiven Widerstandes zu siegen. Doch verraucht sind die Stunden des nationalistischen Rausches und recht schnell bekam das sich gegen den Hunger aufbäumende Proletariat bei Beendigung des Ruhrkrieges den Haß der Bourgeoisie zu spüren. Jetzt hat das Proletariat Monate schwerster Kämpfe und Erfahrungen hinter sich.

Ob es gelernt hat? Nur zum Teil muß der revolutionäre Teil des Proletariats feststellen. Es hat sich bei der KPD. viel geändert, sagt ein Teil ihrer Genossen. Unsere „Linke" hat gesiegt und wird jetzt das Proletariat zur Weltrevolution führen. Während man sich von Rußland aus bemüht, mit England, Frankreich und sonst noch welche Länder in engste Verbindung zu treten. Für Deutschland hat man nun kein großes Interesse, da wir ja jetzt mit unsern Preisen über den Weltmarktpreisen stehen. Darum auch keine Verständigung in dem Handelskonflikt zwischen Deutschland und Rußland. Doch droht dem Proletariat wieder von der KPD. eine riesige Gefahr, von der SPD. ist dies selbstverständlich und braucht darum nicht besonders erläutert werden. Und zwar handelt es sich wieder um die Stellungnahme zu den kapitalistischen Konflikten, zu dem Dawes-Plan.

Genau wie das Proletariat sich 1919 nicht für oder gegen den Versailler Vertrag erklären durfte, und 1923 für oder gegen den Ruhreinbruch und damit für oder gegen den passiven Widerstand, so darf es sich auch heute nicht in die Interessensphäre der bürgerlich-kapitalistischen „Wiederaufbaupolitik" begeben, sondern hat von seinem internationalen Klassenkampfstandpunkt der Parole der SPD. **für das Gutachten** und der Parole der KPD. **gegen das Gutachten** seine einzig wahre revolutionäre Parole **gegen das internationale Kapital und seine Handlanger** entgegenzusetzen, deren Verwirklichung ihren Anfang im eigenen Land gegen das eigene, also das deutsche Kapital, die deutsche Republik, nimmt.

Genossen schwingt den Knüppel dieser Erkenntnis, damit durch die sich daraus ergebenden Schläge gut und gründlich diese faule und verfaulte Welt zertrümmert wird und durch die Diktatur des Proletariats die Grundlagen für den Kommunismus, für die Bedarfswirtschaft, geschaffen werden können.

Ursprung des „linken Kurses" der 3. Internationale

Die Krise in der III. Internationale, die der Ausdruck des Bankrotts ihrer Taktik und ihres Programms und im gegenwärtig in Moskau tagenden Kongreß zu sehen ist, wurde auch auf dem XIII. Parteitage der bolschewistischen Partei teilweise besprochen. Einen großen Platz in den Verhandlungen nahm die „deutsche Frage" und die Krise in der KPD. ein. Im Zusammenhang damit hat Radek einige Mitteilungen gemacht, die vollkommen unseren Standpunkt unterstützen, den wir seinerzeit in den Artikeln „Der Konflikt" Radek-Sinowjew" ein doppeltes Manöver („KAZ." 35 und 36) ausgedrückt haben.

Es ist bekannt, daß die Exekutive der III. Internationale heute die ganze Schuld von der „Oktober-Niederlage dem alten ZK. der KPD., an der Spitze mit Brandler, aufladet. Gegen diese Anklage Widerspruch erhebend, macht Radek folgende Mitteilung:

„Als die Vertreter der Exekutive in Dresden ankamen, in der Nacht nach der Einnahme der Stadt, erklärte Gen. Brandler, daß er schon Befehl für Rückzug gegeben hat, aber, wenn die Vertreter der Exekutive der Komintern den Befehl für unrichtig halten (die Kuriere waren noch nicht abgeschickt), wird er sich widerspruchlos fügen . . . Nach Erforschung der Lage kam der Vertreter der Exekutive zum Schluß, daß man den Kampf nicht aufnehmen soll und billigte den Beschluß des ZK."

Weiter teilt Radek mit, daß die Exekutive, die Tatsache berücksichtigend, „daß wenn solche Leute vom Typus Brandlers aus der Leitung der Partei scheiden, die Partei aus der Bahn entgleisen wird und wir (die III. Internationale) uns mit der linken Politik den Kopf zerschlagen werden," beschlossen hat, das alte ZK. zu behalten. „Mit diesem Beschluß," sagt Radek, „war auch Genosse Sinowjew einverstanden; das war als wir schon alle Einzelheiten der Niederlage und der Lage in der deutschen Partei kannten. Die Niederlage trat, meiner Meinung nach, am 21. Oktober ein, während Genosse Sinowjew am 7. Dezember den Grundriß des Arbeitsplans formulierend, der den Vertretern der Exekutive in den deutschen Angelegenheiten dienen sollte, folgendes schreibt:

„Was die Lage im deutschen ZK. betrifft — und diese Lage halte ich für die entscheidende — ist eine andere Kombination außer dieser, die jetzt existiert, nicht möglich."

Dieser Vorschlag des Genossen Sinowjew wurde am 7. Dezember gemacht, als — ich sage es nochmals — er absolut alles wußte, als wir alle Dokumente hatten, als die Delegation der Komintern schon zurückgekehrt war." („Prawda" 29. 5.)

Später aber, als die „Mittelgruppe" der KPD. im ZK. Mehrheit wurde, erklärte Sinowjew, daß die „Mittelgruppe" der gesunde Kern der KPD. ist und daß die Linke und die Rechte Abweichungen sind, gegen die man den Kampf führen muß. Diesen Standpunkt verteidigte und durchsetzte die Exekutive der III. Internationale, an der Spitze mit Sinowjew, auch an der Januar-Konferenz mit der KPD. in Moskau. Einige Wochen nachdem wurde aber die sogenannte „Linke" in der KPD. Mehrheit und die Exekutive erklärte die letztere für den „gesunden Kern" der KPD. (siehe die Briefe Sinowjews an den Frankfurter Parteitag der KPD.).

Diese Schwankungen der III. Internationale, richtiger gesagt ihres Herrschers, der bolschewistischen Partei, erklären sich durch den fraktionellen Streit in der letzten. Die Clique Sinowjews, danach trachtend, sich die Unterstützung der Mehrheit der KPD. in ihrem Kampfe gegen die Opposition zu sichern, will sich immer der neuen Situation in dieser Partei anpassen. So kamen sie zur Verfluchung Brandlers. Wie aber nach der Märzaktion Moskau Paul Levy opferte, um den „Levysmus" zu retten, so opferte es auch jetzt Brandler um den „Brandlerismus" zu retten.

Groß-Berlin

Oeffentliche Betriebsversammlung

am Dienstag, den 8. Juli, nachmittag 5 Uhr im Berliner Klubhaus, Ohmstraße a. d. Köpenickerstr.

Tagesordnung:

Sachverständigengutachten, die Wirtschaftskatastrophe und die Aufgaben der Arbeiterklasse

Kommunistische Arbeiter-Partei — Allgemeine Arbeiter-Union

Die Republik gedenkt und feiert

Die Reichsregierung hat beschlossen, am Sonntag, den 3. August eine Gedenkfeier für die vom deutschen Volke im Weltkrieg gebrachten Opfer zu veranstalten. Daneben soll auch in diesem Jahre der Verfassungstag am 11. August in der üblichen Weise gefeiert werden.

Mit dem Verfassungsrummel hat das klassenbewußte Proletariat nichts zu tun. Doch über den Weltkrieg, seine Ursachen und seine Auswirkungen muß das Proletariat, welches noch immer nicht klar sehen kann, von dem revolutionären und erkenntnisreichen Teil des Proletariats systematisch und unermüdlich aufgeklärt werden, damit es bald den Gedenktag der Niederringung der Klassenherrschaft mit ihrer heuchlerischen Demokratie begehen kann.

Wirtschaft

Fortschreitende „Gesundung" durch Betriebsstillegungen

Die Ambi-Maschinen-Akt.-Ges. in Johannisthal bei Berlin hat am 30. Juni ihren Betrieb geschlossen. Die noch 600 Mann starke Belegschaft ist entlassen worden. Noch im Frühjahr hat die Belegschaft 9 Stunden geschuftet und die „Konjunktur im Betrieb" ausgenützt.

Der Betrieb der Firma Hagans (Tochtergesellschaft der R. Wolf u. Co. A.-G., Magdeburg) soll am 1. Dezember geschlossen werden. Zum 1. August soll die Hälfte der Belegschaft entlassen werden.

Bei der Schuhfabrik Ed. Lingel A.-G. sind 600 Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen worden.

Die Porzellanfabrik Hermsdorf in Thüringen schließt ihren Betrieb am 7. Juli.

In Greiz wird bei der Vogtländischen Maschinenfabrik, außer im Apparatebau, nur 16 Stunden die Woche gearbeitet. Die Firma beschäftigt 3000 Arbeiter. Fast alle übrigen Eisen- und Maschinen- und Armaturenfabriken arbeiten dort drei bis vier Tage in der Woche.

In Apolda sind bei der Autofabrik Apollo-Werk 75 Mann entlassen worden. Das Werk II ist vollständig stillgelegt. In allen Betrieben Apoldas, außer dem Apollo-Werk, wird verkürzt gearbeitet.

In Elberfeld haben der Filialenbetrieb von Beyer & Co. und die Firma Karl Neuhaus, beides chemische Fabriken, am Montag 50 v. H. der Belegschaften entlassen.

Die deutschen Werke in Siegburg wollen ihren Hüttenbetrieb mit 1000 Mann Belegschaft stillegen. Die Troisdorfer Mannsrott-Werke werden viele Hunderte von Arbeitern aufs Pflaster werfen.

In der Spinnerei und Weberei Eßlingen (Württemberg) legten vor kurzem 16 Arbeiter der Carderi-Abteilung wegen Lohndifferenzen die Arbeit nieder; infolgedessen wurde die Spinnereiabteilung mit 600 Arbeitern stillgelegt. Wenn es nicht gelingt, die Differenzen beizulegen, d. h. die Arbeiter zu Kreuze kriechen, wird das Werk mit 1600 Mann Belegschaft stillgelegt.

Die Konkurse im 1. Halbjahr 1924 betragen nach der Zusammenstellung der Finanzzeitschrift „Die Bank" 1166 gegen 180 im Vorjahre. Auf den Juni dieses Jahres allein entfallen 595. Außerdem hat der „Reichsanzeiger" 1242 „Geschäftsaufsichten" veröffentlicht, die aber nur einen Teil der insgesamt schwebenden Verfahren darstellen.

Aus dem Saargebiet.

Mtb. meldet vom 2. Juli folgendes: Die Wirtschaftskrise im Saargebiet verschärft sich von Tag zu Tag. Nachdem die Vopelius und Mentzelschen Glashütten, wie bereits gemeldet, am 31. Mai ihre Betriebe schließen mußten, ist nunmehr auch die Lauersche Glashütte in St. Ingbert zur Einstellung ihrer Produktion von morgen ab gezwungen. Diese neuerliche Stillegung eines Werkes im Saargebiet ist insofern besonders bemerkenswert, als dieses Unternehmen am 31. Mai bei einem Lohnabbau von 19 v. H. in der Hoffnung auf eine erhebliche Senkung der Kohlenpreise den Versuch unternommen hatte, entgegen seiner ursprünglichen Absicht den Betrieb aufrechtzuerhalten. Die von der französischen Grubenverwaltung am 1. Juni zugestandene vier- bis sechsprozentige Kohlenpreisermäßigung erwies sich somit als wiederum völlig unzureichend.

A u s l a n d

Norwegen

Spaltung der Kommunistischen Partei.

Der große Eisenarbeiterstreik und die damit verbundene Gesamtaussperrung der norwegischen Arbeiterschaft ist mit einer gewaltigen Niederlage für die Proletarier beendet worden. Die Form, unter der dieser heldenmütige Kampf der norwegischen Arbeiterklasse zum Abschluß kam, ist für die revolutionäre Bewegung in Skandinavien durchaus betrübend und schädigend. Sieben Monate hindurch haben die beiden sich bekämpfenden Flügel der norwegischen kommunistischen Partei ihren Kampf auf den Rücken der norwegischen Proletarier ausgefochten und diese gehörig mißbraucht. Ueber diese Niederlage hat die Sozialdemokratie Skandinaviens ein Triumphgeheul erhoben.

Als die III. Internationale die norwegische Sektion aufforderte, die Mitgliedschaft der Gewerkschaften als Ganzes aufzuheben und dafür die individuelle Mitgliedschaft zur Kommunistischen Partei (wie üblich) auch in Norwegen einzuführen, wurde diese Forderung von dem größten Teil der Führer und Vertreter abgelehnt. Hieraus ergab sich die Spaltung der Kommunistischen Partei Norwegens unter Leitung Tranmaels, der eine „Norwegische kommunistische Arbeiterpartei" ins Leben rief. Da sich die norwegischen Gewerkschaften in den Händen dieser (abgespaltenen) Kommunisten befinden, ist die neue Partei finanziell gesichert.

Eine ähnliche Trennung, wenn auch aus anderen Gründen, vollzog sich bald darauf in der Kommunistischen Partei Dänemarks. Dort bildete sich unter Führung des Rechtsanwalts Bröcker in Kopenhagen eine Opposition in der KP. Dänemarks, die ein eigenes Organ „Pressen" herausgab, bis sie sich schließlich völlig lossagte und eine eigene Partei unter dem Namen „Kommunistische Arbeiter- und Kleinbauernbewegung" mit einem verschwommenen Programm gründete. Jetzt arbeiten beide, die norwegische Gruppe und die dänische als Splitter der kommunistischen Sektionen Skandinaviens und Dänemarks Hand in Hand.

So sind auch in diesen Ländern die Spaltungen und Zersetzungen der Sektionen der III. Internationale an der Tagesordnung.

Das moderne Palästina und seine Arbeiterbewegung

Das ethnographisch, kulturell und wirtschaftlich zusammenhängende Vorderasien ist bekanntlich von den westlichen imperialistischen Staaten durch ein künstliches System in lauter kleine Mandatländer aufgeteilt. Syrien geriet unter französische, Palästina unter englische Herrschaft; aus Mesopotamien, Hedschas und Transjordan machte man selbständige, aber unter dem Protektorat Englands stehende arabische Staaten. Unruhen, Konflikte und Aufstände, die sich entweder direkt gegen die Engländer (Palästina) oder gegen die von ihnen eingesetzten arabischen Könige richten, sind die natürlichen Begleiterscheinungen dieser durch den Wettstreit des englischen und französischen Imperialismus bedingten Aufteilung Vorderasiens.

Es ist daher kein Wunder, daß die Verhältnisse im ganzen Lande jeder Beschreibung spotten. Das Bandenunwesen nimmt überhand. Die Beamtenschaft füllt sich auf Kosten der schutzlosen Bevölkerung die Taschen. Ein erpresserisches Steuersystem, das auch die berüchtigte Bodensteuer enthällt, schröpft die Bevölkerung noch mehr als das frühere türkische. Reißt den sonst so geduldigen Fellachen einmal die Geduld, dann werden sie durch englische Tanks, Panzerzüge und Flugzeuge eines besseren belehrt. Die Staatsmacht in Palästina wird von einem obersten englischen Kommissar ausgeübt. Ihm stehen zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung" zahlreiche Kolonialtruppen zur Verfügung. Er schaltet und waltet nach eigenem Gutdünken und verkörpert die gesetzgebende und ausführende Gewalt. Ihm sind die Gouverneure direkt unterstellt. Allerdings ist der Versuch unternommen worden, eine Scheindemokratie einzuführen, d. h. selbständige örtliche Verwaltungsorgane einzusetzen. Da aber, die zu diesem Zweck vom Kommissar einberufenen Konferenzen von den Arabern boykottiert werden, haben diese Organe überhaupt keinen Einfluß. Neue rechtliche Formen wurden überhaupt nicht eingeführt. Für die Eingeborenen gelten die alten türkischen Gesetze sowie die Vorschriften des Korans, Ausländer dagegen, insbesondere englische Bürger, genießen, trotzdem alle Privilegien offiziell aufgehoben sind, weitgehendste Vorrechte. England betrachtet Palästina als eine strategische Kolonie zur Sicherung der Landverbindung mit Indien und Aegypten.

Die wirtschaftliche Expansionspolitik der imperialistischen Staaten hemmte vor dem Kriege die industrielle Entwicklung Palästinas. Das europäische Kapital überschwemmte mit seinen Waren den Markt und verdrängte die handwerklichen Erzeugnisse des Landes. Die dadurch ihrer Existenzmöglichkeit beraubten, unter den schweren Lasten fast zusammenbrechenden Fellachen gerieten infolgedessen in immer tieferes Elend und verkommen mehr und mehr.

Von einer 18—20jährigen Arbeiterbewegung, wie dies offiziell behauptet wird, kann wirklich nicht die Rede sein, da die Industrie in Palästina auch heute noch in den allerersten Anfängen der Entwicklung steckt. Es handelt sich höchstens um fünf bis sechs Jahre.

Erst nach dem Kriege, als das von den Engländern besetzte Palästina von Balfour den Zionisten zugesprochen wurde, änderten sich die Verhältnisse. Jüdische Einwanderer, darunter auch Industriearbeiter, kamen ins Land. Sie siedelten sich teilweise in den Städten und in bereits bestehenden Kolonien an, teilweise gründeten sie neue Ortschaften. Sie waren es, die die Industrie des Landes zu neuem Leben erweckten. Jetzt zogen auch die Fellachen aus den umliegenden Dörfern in die Städte, um sich dort eine Existenz zu suchen. Diese Abwanderung der eingeborenen Landbevölkerung wurde noch dadurch begünstigt, daß der Ankauf von Land durch die zionistischen Gemeinden eine ungeheure Bodenspekulation entfesselte; in einigen Gegenden stiegen die Bodenpreise um das Hundertfache und mehr. Die Großgrundbesitzer, die sogenannten Effendi, rafften alles Land an sich, die überaus verworrenen Verhältnisse im Grundbesitz rücksichtslos ausnutzend, so daß in vielen Fällen die kleinen Bauern von ihrer Scholle vertrieben wurden.

Wir haben heute in Palästina ein bereits ziemlich starkes Proletariat, und zwar etwa 60 000 bis 70 000 Arbeiter, umgerechnet Heimarbeiter und Fellachen; davon sind 40 000 bis 50 000 Araber, der Rest Juden. Die charakteristischen Merkmale der arabischen Arbeiterschaft sind Passivität, Unterwürfigkeit und Unwissenheit (98 v. H. Analphabeten). Arabische Arbeiter werden hauptsächlich auf den Bauten in den Kolonien und beim Straßenbau beschäftigt. Ihr Lohn beträgt 50 v. H. von dem der jüdischen Arbeiter. Dazu kommen unbegrenzte Arbeitszeit, viehische Behandlung seitens der Unternehmer und deren Beauftragten sowie furchtbar unhygienische Zustände in den Betrieben. Trotzdem hat die arabische Arbeiterschaft gegen ihr Los noch nichts unternommen. Sie kennen noch keine Organisation. Wesentlich anders liegen die Verhältnisse bei den jüdischen Arbeitern. Diese zerfallen in zwei streng zu unterscheidende Gruppen, in Eingeborene und in Einwanderer. Erstere stehen im allgemeinen auf demselben Niveau wie ihre arabischen Klassengenossen. Dagegen die eingewanderten jüdischen Arbeiter haben, da sie fast alle aus Industrieländern stammen, organisatorische Erfahrungen und Klassenbewußtsein außerdem sind darunter gelernte Spezialkräfte, deklassierte Gewerbetreibende, Händler, Intellektuelle usw., bei denen der nationalistische Chauvinismus eine große Rolle spielt.

Die Araber als billige Arbeitskraft verdrängen die jüdischen Arbeiter. Letztere sind nun gezwungen sich ihrer Haut zu wehren. Sie gründen Produktivgenossenschaften, die aber nichts mit Klassenkampf zu tun haben, sondern nationalistisch eingestellt und nur um den Arbeitsmarkt zu erobern bestellt sind. In diesem Fahrwasser befindet sich auch eine gewisse pseudomarxistische Ideologie, die man heute in Palästina bei den Juden beobachtet. Diese Tendenz wird noch recht lange in der dortigen Arbeiterbewegung vorherrschen. Die Vertreter dieser Ideologie behaupten, eine Bourgeoisie gibt es nicht, folglich auch keinen Klassenkampf. Die Aufgabe des Proletariats bestehe darin, eigene wirtschaftliche Organisationen zu schaffen, um mit deren Hilfe, aber unter Beobachtung des nationalen demokratischen Prinzips, das jetzt herrschende Kapital zu verdrängen. Sie haben im ganzen Lande eine Reihe von Arbeiterorganisationen nach dem Muster der englischen Gilden gegründet, die sich aber gleichzeitig auch gegen die arabischen Arbeiter richten. Sie sollen den Grundstein der künftigen klassenlosen Gesellschaft bilden. Im August 1918 schlossen sich auf diesem Boden alle Arbeiterorganisationen zu der sogenannten „Gemeinschaft der Arbeit" zusammen.

Abseits standen nur die absolut konservativen Elemente, die Mitglieder der früheren nationaldemokratischen Partei, denen das Programm der „Gemeinschaft" zu sehr links gerichtet war, sowie eine Gruppe klassenbewußter Arbeiter, die international dachten und später die Sozialistische Partei Palästinas gründeten. (SPP.) Es bestehen demnach in Palästina drei Richtungen. Die SPP. entwickelt eine ziemlich rege Propaganda und hat auf die Mitglieder der „Gemeinschaft der Arbeit" einen merklichen Einfluß, so daß selbst politische Streiks nicht zu den Seltenheiten gehören Im Dezember 1919 wurde die „Allgemeine Organisation der werktätigen Juden in Palästina" gegründet, hauptsächlich zu dem Zweck den reaktionären geplanten Organisationen entgegenzutreten.

Da nun alle gemeinnützigen Einrichtungen wie Krankenkassen usw. von der jüdischen Bourgeoisie unterhalten werden, sind in gewissem Sinne auch die Gewerkschaften von den Zionisten abhängig. Streiks sind im allgemeinen verpönt, da sie den nationalen Aufbau gefährden. Der Klassenkampf gilt bei den Gewerkschaften als eine hohle, von Kommunisten erdachte Phrase und der Internationalismus den Arabern gegenüber als ein nationaler Verrat. Die Sozialistische Partei sah sich bald gezwungen aus der „Allgemeinen Organisation der werktätigen Juden" auszutreten und schuf ein Organisationskomitee der internationalen Klassenverbände, welches sich aber infolge der schwankenden leitenden Elemente wieder auflösen mußte. Es existiert jetzt dort auch eine kommunistische Bewegung, die aber illegal arbeiten muß. Leider ist in der Hinsicht auch von den revolutionären Arbeitern nichts unternommen worden, die arabischen Arbeiter für sich zu interessieren, sie mit in die Organisation aufzunehmen. Nur die Eisenbahner, die nicht durchweg jüdisch sind wie die anderen Arbeiterorganisationen, haben Araber als Mitglieder aufgenommen und entfalten eine rührige Propaganda in diesem Sinne. Die Kommunisten, obwohl illegal, arbeiten eifrig an der Aufklärung der Arbeiter über die Zionisten. Für sie kann es deshalb auch nur die Losung geben im gegenwärtigen Augenblick, die arabischen und jüdischen Arbeiter zu vereinen gegen die inländische Bourgeoisie und gegen den anglo-zionistischen Imperialismus.

Grönlands Kolonisierung

Der Streit zwischen Dänemark und Norwegen um den Besitz und die Ausbeutung Grönlands wird wahrscheinlich damit enden, daß auch der dänische Reichstag das inzwischen vom norwegischen Storthing angenommene Uebereinkommen ratifizieren wird, trotzdem sich von seiten der dänischen Nationalisten und interessierten Finanzgruppen eine starke Opposition bemerkbar macht. Bereits seit mehreren Jahren tobt der Streit um die Hoheitsrechte auf die Ostküste Grönlands, (bisher nur dänische Kolonie) der erst akut wurde, als in Grönlands Boden allerlei wertvolle Mineralien entdeckt wurden. Jetzt stellte sich hinter die dänischen Forderungen das französische und hinter die norwegische das englische Kapital, die sich beide hinter den Kulissen scharf bekämpften. Außer Bergwerksinteressen kommen noch die Interessen der grönländischen Kompagnie (kgl. dänische vetroyierte [genehmigte] Kompagnie) in Betracht, da diese Gesellschaft das alleinige Ausbeutungsrecht auf die westgrönländische Eskimobevölkerung besitzt, die sich durch Raubbau und schlechte Ernährungsverhältnisse ungemein verringert und verschlechtert hat. Die grenzenlose Ausbeutung durch diese Gesellschaft, die ungeheuere Entfernung von den Kulturzentren und allem Verkehr lassen alle Beschwerden der Eskimos ungehört verhallen, zumal auch Fremden der Einblick in diese Verhältnisse erschwert wird. Dennoch darf man nicht glauben, daß die Eskimos absolut unbeleckt von aller Kultur sind. (S. den Film „Nanuk" — der Eskimo!)

In den Haupthandelsplätzen an der Westküste befinden sich Schulen und selbstverständlich auch Kirchen mit den dazu nötigen Pfaffen. Man trifft dort auf einzelne Eskimos mit europäischer Allgemeinbildung, sogar eine Zeitung in der Eskimosprache erscheint dort. Anderseits versichern Kenner der dortigen Verhältnisse, daß die Eskimos auch mit den bekannten Segnungen der kapitalistischen Kolonisation beglückt worden sind: Missionare, Alkohol und Syphilis, daneben Monopole aller Art, denn durch die alleinigen Ausbeutungsrechte der oben erwähnten dänischen kgl. Gesellschaft ist die freie Konkurrenz ausgeschaltet worden. Daß die norwegischen Kapitalisten darüber erbost sind, läßt sich verstehen, wenn man berücksichtigt, daß die dänischen Wachtschiffe sehr streng gegen norwegische Fischdampfer und Schiffe in diesen Gewässern vorgehen. Dabei darf nicht verkannt werden, daß die Norweger Reeder und Fischer bedeutend geschicktere Fänger (Wale, Robben und Fische) sind und auch in kaufmännischer und technischer Hinsicht über bessere Kenntnisse und Erfahrungen verfügen, um diese Fänge richtig zu verwerten. Die dänischen Fischer und Reeder, die sich nicht so gut anpassen können, werden allerdings teilweise auch durch einen ungeheuer schwerfälligen Amtsapparat daran gehindert, in derselben Weise in Grönland Raubbau zu treiben, wie die norwegischen Kapitalisten dies gewohnt sind.

Die dänische Grönland-Kompagnie will jetzt einen Teil der Eskimos von der Westküste Grönlands nach den an Fischen, Walen und Robben reicheren Teilen der Ostküste verpflanzen, um die Ausbeutungsmöglichkeit dieser Eskimos zu erhalten. Dabei erfolgt wieder ein Zusammenstoß kapitalistischer Interessen in diesem Polarlande, indem die Schiffsreeder und Fischerei-Interessenten Norwegens uneingeschränkte Ausnutzungsrechte für die Wal- und Robbenfängerei in diesen Gewässern aus den bereits angeführten Gründen für sich beanspruchen. Doch sind in Wahrheit die treibenden Kräfte in diesem kapitalistischen Streit auf dänischer Seite die französischen und auf norwegischer die englischen Finanzinteressen, also Frank gegen Pfund. Neben der Jagd auf Pelztiere wird dort von dänischen Gesellschaften eifrig die Ausbeutung der Kryolithlager (Kryolith ist ein Mineral, das z. B. Aluminium liefert) betrieben; doch wird dabei sehr darauf geachtet, daß die zu diesem Zwecke in Grönland beschäftigten europäischen Arbeiter und Angestellten (Kontraktarbeiter) nicht mit den Eskimos in Berührung kommen, um diesen vielleicht den Geist des Aufruhrs einzuimpfen. Wie gründlich die ganze Kolonisierungsarbeit in Grönland von der dänischen Regierung betrieben wird, mag auch daraus ersehen werden, daß man zurzeit öffentliche Mittel zur Errichtung eines Heims für elternlose Eskimokinder sammelt.

Zum Schluß ist noch erwähnenswert, daß nach dem Weltkrieg die Großmächte England, Frankreich und die amerikanische Union einen förmlichen Wettlauf um die Gunst des kleinen Dänemark begonnen haben. Kaum ist das Flottengeschwader einer dieser Staaten abgefahren, so stellt sich mit minutiöser Pünktlichkeit das nächste der anderen Macht ein. Dies geschieht alles nur, um die Einfahrt zur Ostsee durch den Oeresund zu beherrschen, hier strategische Uebungen vorzunehmen, die skandinavischen Staaten einzuschüchtern und Sowjet-Rußland von der Nordsee abzuschneiden, was ein Hauptzweck mit dabei ist.

Groß-Berlin
Oeffentliche Versammlungen

Dienstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr.

Prachtsäle des Ostens, Große Frankfurter Straße

T a g e s o r d n u n g :

Junge Huren — Alte Betschwestern

Pazifistische Friedensduselei oder proletarischer Klassenkampf

Mitteilungen

An die Ortsgruppen im Reich

Bezugnehmend auf unsere Notiz in Nr. 51 der „KAZ.", lassen wir die Ortsgruppen folgen, die mit mehr als 4 Nummern im Rückstand sind:

Aschersleben,	Braunschweig,
Cöthen,	Chemnitz,
Düsseldorf,	Dresden,
Essen,	Freiberg i. S.,
Fürstenwalde a. d. Spree,	Haßloch (Pfalz),
Hohenstein-Ernstthal,	Hamburg,
Jena,	Eberswalde,
Köln-Sülz,	Kahla i. Thüringen,
Leipzig,	Magdeburg,
Memel,	Nachrodt,
Naumburg,	Pirmasens (Pfalz),
Pleißa,	Rudolstadt,
Rathenow,	Ronsdorf,
Rüstringen.	Suhl.

Genossen! Wir ersuchen euch, doch so schnell als irgend möglich, euren finanziellen Verpflichtungen gegenüber eurem Kampforgan nachzukommen, da sonst das Erscheinen desselben in Frage gestellt ist.

Achtung Ortsgruppe Essen

Genossen der Partei und Union jeden Freitag abend Mitgliederversammlung. Vortrag eines Genossen: Aufgaben und Taktik der KAPD. Lokal Seidensticker, Segerothstraße.

Ortsleitung der AAU., KAPD. Essen.

Jugendgenossen der Ortsgruppe Essen: Jeden Montag und Donnerstag 7 Uhr bei Genossen Quest, Hundebrinkstr. 21, Gruppenabend. Indifferente sind eingeladen.

Die Ortsleitung.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 160.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ Jul. Gehrke, Lychener Straße 31, Quergeb. 1 Trpp., b. Schulz.
„ B. Goscinski, Norweger Straße 40, Laden.
Osten: H. Derpa, Samariter-Straße 38, Stflg. III.
„ K. Herhold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 36.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112.
Centrum: J. Schuri, Brückenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 43
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kues, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klump, Junker-York-Straße 36.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12.
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45.
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36, II.
Schöneberg, Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name ______

Ort ______

Straße ______ Nr. ______

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

5. Jahrg. Nr. 53

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mark

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juli 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im „Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Die Londoner Konferenz

In allen Ländern, wo bisher sogenannte „Arbeiter-Regierungen" ans Ruder kamen, haben dieselben klar und eindeutig den Beweis dafür erbracht, daß es ihnen durchaus ernst ist mit der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Sie haben in den meisten Fällen sowohl außenpolitisch als auch besonders innenpolitisch die nationale Ausbeuterklasse gerettet. Sie haben neue, bessere, psychologisch feinere, dem Proletariat angepaßte Ausbeutungsmethoden erfunden, um sich ihrer geduldeten Existenz würdig zu erweisen. Im besonderen hier in Deutschland sind diese Dinge kraß in Erscheinung getreten. Wir alle kennen die Auswirkungen der Politik dieser „Arbeiterführer" aus eigener Erfahrung.

Aehnliches vollzieht sich jetzt in England. Der Arbeiterführer" und Premierminister Mac Donald hat unter dem Titel „Unsere Politik" eine Reihe von Aufsätzen erscheinen lassen, in denen er das Programm der zur Regierung gekommenen Arbeiterpartei festlegt. Er schreibt dort inbezug auf die Außenpolitik folgendes:

Sie (die Arbeiterpartei) würde ihren Wunsch verkünden, unsere früheren Feinde in den Völkerbund zu bringen, um den Völkerbund in die Lage zu versetzen, seine eigene Verfassung einer Revision zu unterziehen, so daß er zu einem wirklichen Völkerrat wird und nicht bloß eine Exekutive der Regierungen bleibt. Sie würde sich mit den Fragen des Völkerbundes beschäftigen, die sich aus dem Friedensvertrage ergeben und eines Rates oder einer Revision bedürftig sind. Sie würde ihre ganze auswärtige Politik auf Richtlinien der Abkehr von der Geheimdiplomatie, der gemeinsamen Arbeit, des schiedsgerichtlichen Verfahrens der Abrüstung aufbauen, und sie würde diese Politik Schritt für Schritt im Einklang mit anderen Völkern und mit Hilfe der öffentlichen Meinung verfolgen.

Das klingt alles sehr schön utopisch-sozialistisch. Hat aber einen durchaus realen Kern. Der offen auftretende, brutal vorstoßende, alles zertrümmernde Imperialismus hat hier genau wie in allen anderen Ländern kläglich Schiffbruch gelitten. Der Arbeiterpartei fällt nunmehr die Aufgabe zu, die zerrissenen Fäden wieder anzuknüpfen, ihre Fühler auszustrecken und alle Sympathien, die die Politik des Raubimperialismus verscherzt hat, mit der großen Geste der Freundschaft, der Bruderhand und der friedlichen Illusion des ungestörten Beieinanderlebens der Nationen wiederzugewinnen. Für diesen Wirkungskreis innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsform ist die Arbeiterpartei wie geschaffen. Umsomehr, als an ihrer Spitze ein Mann wie Mac Donald steht, der in der II. Internationale von jeher eine große Rolle spielte ohne dabei auch nur einmal zu vergessen, die besonderen nationalen Interessen seines Landes zu wahren.

Die große Politik dieser englischen „Arbeiterregierung" ist denn auch, getreu ihrer Vorbilder in anderen Ländern, mit ernsten Mühen darauf bedacht, die Interessen ihrer nationalen kapitalistischen Gruppen hochzuhalten. Die Arbeiterklasse wird mit ein paar Reförmchen abgetan. So ist denn die Tatsache zu verzeichnen, daß gerade in der Zeit der „Arbeiterregierung" die sozialen Gegensätze sich in erheblichem Maße verschärft und die Kämpfe der Arbeiterklasse einen vorher nie gekannten erbitterten Charakter und eine ganz ungeheure Ausdehnung angenommen haben.

Diese in der Geschichte der letzten Jahre immer wieder festzustellende Tatsache beweist mit zwingender Deutlichkeit, daß es das Kapital ausgezeichnet versteht, in Zeiten der zugespitzten Krise die „Führer" der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften und Parteien vor seinen Wagen zu spannen. Sie beweist aber auch auf der anderen Seite, daß diese „Führer" jederzeit gewillt sind, das Proletariat zu verraten. Und sie beweist darüber hinaus vor allem, daß das Proletariat noch nicht erkannt hat, worin seine geschichtliche Aufgabe besteht. Sonst könnte es unmöglich ruhig zusehen mit welch zynischer Unverfrorenheit es über seine wahre Klassenlage hinweggetäuscht wird.

In Verfolg dieser Politik, der man gern den Namen Pazifismus beilegt, hat nun Mac Donald versucht das Dawes-Gutachten möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen. Er setzte sich mit seinem französischen Kollegen Herriot persönlich in Verbindung unter Umgehung der sonst üblichen Geheimdiplomatie und holte sich von ihm die Zustimmung, zur Einberufung der vielumstrittenen „Londoner Konferenz". In den Einladungsschreiben, die Mac Donald versandte, schlug er die Gründung eines besonderen Komitees vor, das praktisch die Vorrechte und Einrichtungen des Reparationskomitees haben und über die richtige Ausführung des Dawes-Gutachtens seitens Deutschlands wachen sollte. Das ganze Komitee sollte als ein besonderes Organ dem Völkerbunde angegliedert und unterstellt werden.

Dieser Plan liegt durchaus in der Linie der englischen Politik, die sich die augenblickliche Schwäche des französischen Kapitals zunutze machen will, um die Vorherrschaft über Europa zurückzugewinnen. Es will zwei Fliegen mit einem Schlag erledigen. Einmal ist eine Kommission, die unter dem Völkerbund steht, mehr dem englischen als dem französischen Einfluß unterworfen und zum zweiten versucht sich England durch diese Taktik ein Gegengewicht gegen das immer mächtiger und drohender auftretende Frankreich in Deutschland zu schaffen, das einer Kontrolle des Völkerbundes auch mehr geneigt ist. Es steht unbedingt fest, wenn es auch amtlich dementiert und als ein Mißverständnis hingestellt wird, daß Herriot diesem Plan bei seiner persönlichen Zusammenkunft mit Mac Donald zugestimmt hat. Herriot war jedenfalls der ehrlichere Pazifist von den beiden, soweit man dabei von Ehrlichkeit überhaupt sprechen kann, der sich in dem Augenblick von dem schönen Plan der Völkerversöhnung übertölpeln ließ ohne zu merken, daß dieser Pazifismus für Mac Donald nur das gute Geschäft war. Zu Haus hatte man aber umso besser aufgepaßt. Die nationale Opposition unter Führung Poincarés lief sofort Sturm gegen diese Abmachung und forderte den Kopf Herriots, der die nationale Verteidigung des Landes gefährde. Herriot befindet sich bereits in vollem Rückzuge, die Konferenz soll vertagt und in Brüssel abgehalten werden. Unter Umständen ist sie überhaupt in Frage gestellt.

Wie dem auch sei. Die Methoden des schrankenlosen Imperialismus mit ihrer Taktik des Elefanten im Porzellanladen haben abgewirtschaftet. Sie werden nur noch von den militärischen Machthabern vertreten, für die dieser Standpunkt eine Frage der persönlichen Existenz ist. An deren Stelle tritt jetzt der Pazifismus, die „friedliche" Durchdringung der Völker mit dem Geiste des Kapitalismus. Diese Taktik ist zur Zeit die einzig mögliche und verspricht umso mehr Erfolg, wenn sie vom Kleinbürgertum selbst vollzogen wird nach der Parole: „Jedermann sein eigener Kerkermeister, jedermann sein eigener Henker." Unter diesen Umständen muß und wird die Londoner Konferenz oder eine ähnliche andere über kurz oder lang doch zu einer Notwendigkeit der neu orientierten Kapitalismen.

Das revolutionäre Proletariat kann dieser Entwicklung der nächsten Zeit, die mit dem Kennwort Pazifismus gezeichnet ist, natürlich nicht mit der Ruhe des Unbeteiligten zuschauen. Es muß sich klar sein darüber, daß das Unternehmertum in Anklang an diese Einschwenkung zum „Frieden" auch innerhalb der Betriebe mit einer neuen Taktik auftreten wird, die sich die Illusionen des Proletariats zunutze macht. Die Gewerkschaften mit ihrer Arbeitsgemeinschaft haben ihre Pflicht getan. Der Zerfall der Gewerkschaften scheidet sie zum Teil aus. An ihre Stelle tritt nunmehr in den Vordergrund die sogenannte Werksgemeinschaft. Doch ganz wird man auf die Mithilfe der freigelben und christlichen Gewerkschaften nicht verzichten können bei der Niederhaltung des Proletariats. Wenn man eine Parallele ziehen wollte, so könnte man diese Werksgemeinschaft beinahe vergleichen mit der vaterländischen Aufklärungsarbeit in der Armee im letzten Kriegsjahr. Die einzelnen Arbeiter sollen mehr am Betriebe und seinem gewinnbringenden Wirkungsgrad interessiert werden. Das geschieht durch Vorträge, besonders Werkzeitschriften, Versuche ein engeres freundschaftliches Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Arbeiter herzustellen. Man gibt sich da beachtenswerte Mühe. Aber nun kommt die Hauptsache. Die Belegschaft wird weit unter Vorkriegsstand herabgesetzt, die zurückgebliebenen werkgemeinschaftsfriedlichen Elemente verhältnismäßig gut bezahlt und die Tagesleistung derselben soweit erhöht, daß trotzdem die volle Produktion des Betriebes gewährleistet ist bei geringeren Unkosten und gekürzter Gesamtlohnsumme.

Dadurch werden künstlich zwei Klassen im Proletariat geschaffen. Erstens die mit der „guten" Gesinnung, einigermaßen anständig bezahlt, mit kapitalistischer Ideologie vollgepfropft, Gegner jeden Klassenkampfgedankens, da sie in ständiger Furcht leben, dadurch ihre feine Stellung zu verlieren. Zweitens, die mit der „schlechten" Gesinnung, die Klassenkämpfer, ständig arbeitslos, zermürbt, die die Sterblichkeitsziffer erhöhen sollen. So sieht die Werkgemeinschaft aus. Im Zeichen des Pazifismus, im Banner der Londoner Konferenz. An Stelle der Kugel, schweigendes „friedliches" Verhungern, Wahnsinnsverzweiflung. An Stelle aufrüttelnder, peitschender Gewalt, kaum merkliches Zermürben der Kräfte.

Dagegen hilft nur die vom erkenntnisklaren Willen getragene, offene Gewalt des Proletariats. Es gilt zu rüsten.

Umrangieren arbeitsloser Sklaven

Der „Vorwärts" vom 9. Juli meldet:

„Die Krisis in der Kali-Industrie hat in der mitteldeutschen Bergarbeiterbevölkerung große Unruhe hervorgerufen. Im Nordhausener Bezirk herrscht geradezu Verzweiflungsstimmung. Inzwischen haben unsere Genossen in verschiedenen Anträgen von der Staats- und Reichsregierung Maßnahmen zur Abwendung der Stillegungsgefahr gefordert. Da aber auf die Dauer die Stillegung der nur wenig rentablen Betriebe im Kalibergbau sich doch nicht vermeiden lassen wird, wurde weiter verlangt, daß die arbeitslos werdende Bergarbeiterschaft Mitteldeutschlands soweit als möglich in die Landwirtschaft übergeführt werden soll."

Die Katze fällt doch immer auf die Beine und die SPD. hat immer einen „guten" Rat für die Proleten. Erst stellt man natürlich allerlei Forderungen an die bankrotte Staats- und Reichsregierung, an die man selbst nicht glaubt, aber leider noch ein Teil Proletarier, um dann klein beizugeben und zu erklären, daß die Betriebe nicht rentabel, d. h. konkurrenzfähig sind trotz des wüsten und langen Schuftens der deutschen Arbeiter.

Doch dann schlägt man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe in dem man die „arme, leidende Landwirtschaft" mit verzweifelten Sklaven versorgt, die alles tun müssen was man verlangt und hat wiederum auf der anderen Seite das Verdienst für sich, den Proletariern, die sich dank der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Ideologie, welche in der jahrelangen Erziehungsarbeit gebildet wurde, in der Verzweiflungsstimmung befinden, Arbeit verschafft zu haben. Was diese Umrangierung der Sklaven bedeutet ist leicht zu ergründen. Noch sind zuviele Proleten, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen; die man jetzt, wo sie doch durch den gerechten Abzug vom Lohn der Arbeiter erzielt wird, lieber der noch zum Teil konkurrenzfähigen Industrie in den Schlund wirft.

Alle Proleten nun, die sich dieser ganz offenen Versklavung nicht fügen wollen, gehts so wie die, welche sich nicht der Zwangsarbeit für die Bettelpfennige fügen wollten. Sie sind dann eben die Faulen, wie Oberbürgermeister Böß sagte.

Diesen Kurs hat ja nun auch mit brutaler Offenheit die „D. A. Z." vom 8. Juli angegeben, als sie zu den sozialpolitischen Anträgen des Reichstages Stellung nimmt und schreibt:

„Die Gesundungskrise in der Wirtschaft, die sich immer stärker durchsetzen muß, bringt ein starkes Anwachsen der Arbeitslosigkeit mit sich und kann im Herbst auch zu einer schweren sozialen Krisis führen. Je eher man sich darüber klar wird, mit welchen Mitteln man die Folgen dieser Erwerbslosigkeit mildern und bekämpfen kann, desto besser ist es. Woher man allerdings die sehr beträchtlichen Mittel für eine auch nur wenig erhöhte Unterstützung nehmen wird, ist bei der Lage unserer Finanzen und unserer Wirtschaft noch in tiefes Dunkel gehüllt. Die oberste Regel bei Beratung der vorliegenden Anträge muß sein: keine Ausgabe ohne Deckung, den lediglich von agitatorischen Rücksichten getriebenen Antragstellern muß die Pflicht auferlegt werden, die Mittel zur Durchführung ihrer Anträge klar nachzuweisen. Mit den allgemeinen Phrasen, wie sie sich in dem sozialdemokratischen Antrag Müller und Genossen finden, daß eine Erhöhung der Belastung des Besitzes vorgenommen werden soll, darf sich der Soziale Ausschuß natürlich nicht begnügen.

Sollte eine leichte Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen werden, so muß ferner auf jeden Fall dafür gesorgt werden, daß nur echte und unverschuldete Arbeitslosigkeit die Unterstützung finden darf. Mittel und Wege müssen gefunden werden, um eine scharfe Kontrolle der Gemeinden durchzuführen."

Hieraus kann das Proletariat ersehen, wohin sein Weg des stillen Duldens und Abwartens führt. Die Sprache des Kapitals ist offen, brutal aber verständlich, die seiner Lakaien verschleiert und darum gefährlich. Will das Proletariat nicht im Schmutz und Dreck verkommen und wie Vieh hin und her rangiert und geprügelt werden, dann muß es sich von diesem System und allen seinen erhaltenden Organisationen, den Gewerkschaften und parlamentarischen Parteien lossagen und als Klasse um die Betriebe, um die Produktion und um die politische Macht kämpfen. Gewiß heißt dieses Bürgerkrieg, doch wird derselbe gegen diesen still wütenden Würgerkrieg nur einen Teil an Opfer fordern.

Rüstungen für den „Frieden"

Der japanische Marineminister erklärte im Parlament, die Weltlage erfordere, daß Japan seine Marineluftstreitkräfte weiter vermehre. Er empfahl die Aufstellung von elf weiteren Geschwadern außer den 17 im gegenwärtigen Programm bereits vorgesehenen.

Kommentar überflüssig.